

## **Gesetzentwurf der Bundesregierung**

### **Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 2003/2004 (Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 2003/2004 – BBVAnpG 2003/2004)**

#### **A. Problem und Ziel**

Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge bei Bund, Ländern und Gemeinden an die Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse unter Berücksichtigung des Tarifabschlusses für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes vom 9. Januar 2003.

#### **B. Lösung**

1. Lineare Anhebung der Dienst- und Versorgungsbezüge um insgesamt 4,4 Prozent in drei Stufen in den Jahren 2003 und 2004 durch inhalts- und wirkungsgleiche Übernahme des Tarifergebnisses

- um 2,4 Prozent ab 1. April 2003 für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 11,  
ab 1. Juli 2003 für die übrigen Besoldungsgruppen mit Ausnahme von B 11 sowie
- um 1 Prozent ab 1. April 2004 und
- um 1 Prozent ab 1. August 2004 jeweils für alle Besoldungsgruppen mit Ausnahme von B 11.

Zeitliche Verschiebung der Erhöhungszeitpunkte gegenüber dem Tarifabschluss um jeweils drei Monate zur Übertragung der tariflich vereinbarten Entlastungsmaßnahmen.

2. Die linearen Erhöhungen der Versorgungsbezüge erfolgen unter Berücksichtigung des Versorgungsänderungsgesetzes 2001. Durch den dort geregelten geringeren Anstieg der Versorgungsbezüge betragen die Erhöhungen rund 1,86 Prozent im Jahr 2003 und jeweils rund 0,46 Prozent im Jahr 2004. Die Hälfte der dadurch erzielten Einsparungen wird den Versorgungsrücklagen in Bund und Ländern zugeführt.

3. Einmalzahlungen für die Empfängerinnen und Empfänger von Dienst- und Versorgungsbezügen mit Ausnahme der Besoldungsgruppe B 11

- im Jahr 2003 in Höhe von 7,5 Prozent der Bezüge des Monats März 2003, maximal 185 Euro,
- im Jahr 2004 in Höhe von 50 Euro.

Versorgungsempfängerinnen und -empfänger erhalten die Einmalzahlungen anteilig entsprechend dem erreichten Ruhegehaltssatz und den Anteilssätzen für die Hinterbliebenenversorgung.

§ 2 der Zweiten Besoldungs-Übergangsverordnung ist anzuwenden.

4. Anpassungen in den neuen Ländern durch inhalts- und zeitgleiche Übernahme der Tarifvereinbarungen zum Tarifgebiet Ost vom 9. Januar 2003:
  - a) Anhebung des Bemessungssatzes für Bezügeempfängerinnen und -empfänger nach der Zweiten Besoldungs-Übergangsverordnung in zwei weiteren Schritten
    - ab 1. Januar 2003 auf 91 Prozent,
    - ab 1. Januar 2004 auf 92,5 Prozent.
  - b) Festschreibung der weiteren Angleichung des Bemessungssatzes bis spätestens 31. Dezember 2007 für die Besoldungsgruppen bis A 9 und bis 31. Dezember 2009 für die übrigen Besoldungsgruppen.
  - c) Letztmalige Verlängerung der zum Jahresende 2005 auslaufenden besoldungs- und versorgungsrechtlichen Ermächtigungen.
5. Verlängerung der Festschreibung der jährlichen Sonderzuwendung (Weihnachtsgeld) auf dem Niveau von 1993.
6. Nichtanpassung der Grundgehälter aus der Besoldungsgruppe B 11 in den Jahren 2003 und 2004 aufgrund der von der Bundesregierung beschlossenen „Nullrunde“ für die Mitglieder der Bundesregierung sowie für die parlamentarischen und beamteten Staatssekretärinnen und Staatssekretäre des Bundes.
7. Klarstellung beim Altersteilzeitzuschlag.

### C. Alternativen

Keine

### D. Finanzielle Auswirkungen

#### 1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugaufwand

Für den Bereich des Bundes (ohne Post und Bahn) werden bis zum Jahresende 2004 Gesamtmehrkosten von rund 0,85 Mrd. Euro entstehen.

Für Länder und Gemeinden werden bis zum Jahresende 2004 Gesamtmehrkosten von rund 4 Mrd. Euro entstehen.

Der Umfang der Mehrkosten für die Festschreibung der weiteren Angleichung des Bemessungssatzes nach der Zweiten Besoldungs-Übergangsverordnung bis spätestens Ende 2007 bzw. 2009 hängt von der Festlegung weiterer Anpassungsschritte ab.

Der Versorgungsrücklage werden nach § 14a Abs. 3 des Bundesbesoldungsgesetzes für den Bereich des Bundes bis zum Jahresende 2004 42 Mio. Euro und für die Länder und Gemeinden 141 Mio. Euro zusätzlich zugeführt (50 Prozent der Verminderungen der Versorgungsausgaben durch das Versorgungsänderungsgesetz 2001). Unabhängig davon sind aufgrund der Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetze 1999 und 2000 weitere Zuführungen zu leisten.

#### 2. Vollzugaufwand

Neuer Vollzugaufwand entsteht nicht.

**E. Sonstige Kosten**

Sonstige Kosten entstehen nicht.

Die vorgesehenen Einkommensanhebungen werden keine wesentlichen Änderungen von Angebots- und Nachfragestrukturen zur Folge haben, die Auswirkungen auf Einzelpreise und Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, haben könnten. Zur Durchführung des Gesetzes wird zusätzliches Personal bei Bund, Ländern und Gemeinden nicht benötigt.

Für die Wirtschaft, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, entstehen keine zusätzlichen Kosten.



**BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND**  
**DER BUNDESKANZLER**

Berlin, den 20. Juni 2003

An den  
Präsidenten des  
Deutschen Bundestages  
Herrn Wolfgang Thierse  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung von Dienst-  
und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 2003/2004  
(Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz  
2003/2004 – BBVAnpG 2003/2004)

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium des Innern.

Der Bundesrat hat in seiner 789. Sitzung am 20. Juni 2003 gemäß Artikel 76 Absatz 2  
des Grundgesetzes beschlossen, zu dem Gesetzentwurf wie aus Anlage 2 ersichtlich  
Stellung zu nehmen.

Die Auffassung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates wird  
unverzüglich nachgereicht.

Mit freundlichen Grüßen





## Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 2003/2004 (Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 2003/2004 – BBVAnpG 2003/2004)

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

### Artikel 1

#### Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes für das Jahr 2003

Das Bundesbesoldungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. August 2002 (BGBl. I S. 3020), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 6. August 2002 (BGBl. I S. 3082), wird wie folgt geändert:

1. Im Inhaltsverzeichnis wird im 9. Abschnitt die Angabe „§§ 71 bis 83“ durch die Angabe „§§ 71 bis 85“ ersetzt.
2. § 14 wird wie folgt geändert:

- a) Der bisherige Wortlaut wird Absatz 1.
- b) Nach Absatz 1 werden folgende Absätze 2 und 3 angefügt:

„(2) Um 2,4 vom Hundert werden erhöht

1. die Grundgehaltssätze,
2. der Familienzuschlag mit Ausnahme der Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 5,
3. die Amtszulagen sowie die allgemeine Stellenzulage nach Vorbemerkung Nummer 27 der Bundesbesoldungsordnungen A und B,
4. die Anwärtergrundbeträge.

Die Erhöhung gilt für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 11 und Anwärter ab 1. April 2003, für die übrigen Besoldungsgruppen ab 1. Juli 2003. Die Erhöhung nach Satz 1 Nr. 1 gilt in den Jahren 2003 und 2004 nicht für die Besoldungsgruppe B 11. Die erhöhten Beträge ergeben sich aus den Anlagen IV, V, VIII und IX in der ab dem 1. April 2003 geltenden Fassung.

(3) Um 2,04 vom Hundert werden der Auslandszuschlag und der Auslandskinderzuschlag erhöht. Absatz 2 Satz 2 gilt entsprechend. Die erhöhten Beträge ergeben sich aus den Anlagen VIa bis VIi in der ab dem 1. April 2003 geltenden Fassung.“

3. In § 73 Satz 1 wird die Zahl „2005“ durch die Zahl „2009“ ersetzt.
4. Dem § 77 wird folgender Absatz 5 angefügt:

„(5) Das Bundesministerium des Innern macht die nach den Absätzen 1 bis 3 durch Anpassungen erhöhten Bezüge im Bundesgesetzblatt bekannt.“

5. Nach § 83 werden folgende §§ 84 und 85 angefügt:

„§ 84

Anpassung von Bezügen nach fortgeltendem Recht

(1) Die Erhöhung nach § 14 Abs. 2 gilt entsprechend für

1. die Grundgehaltssätze (Gehaltssätze)
  - a) in den fortgeltenden Besoldungsordnungen und Besoldungsgruppen der Hochschullehrer,
  - b) in den Regelungen über künftig wegfallende Ämter,
  - c) in Zwischenbesoldungsgruppen der Besoldungsordnungen der Länder,
2. die Höchstbeträge für Sondergrundgehälter und Zuschüsse zum Grundgehalt sowie festgesetzte Sondergrundgehälter und Zuschüsse nach fortgeltenden Besoldungsordnungen der Hochschullehrer,
3. die Amtszulagen in Landesbesoldungsordnungen, Überleitungsvorschriften oder Regelungen über künftig wegfallende Ämter,
4. die in festen Beträgen ausgewiesenen Zuschüsse zum Grundgehalt nach den Vorbemerkungen Nummer 1 und 2 sowie die allgemeine Stellenzulage nach Vorbemerkung Nummer 2b gemäß Anlage II in der bis zum 22. Februar 2002 geltenden Fassung,
5. die Bemessungsgrundlagen der Zulagen, Aufwandsentschädigungen und anderen Bezüge nach Artikel 14 § 4 Abs. 1 und § 5 des Reformgesetzes vom 24. Februar 1997 (BGBl. I S. 322),
6. die Anrechnungsbeträge nach Artikel 14 § 4 Abs. 2 des Reformgesetzes vom 24. Februar 1997 (BGBl. I S. 322),
7. die Beträge der Amtszulagen nach Anlage 2 der Verordnung zur Überleitung in die im Zweiten Gesetz zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern geregelten Ämter und über die künftig wegfallenden Ämter vom 1. Oktober 1975 (BGBl. I S. 2608), geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 24. März 1997 (BGBl. I S. 590).

(2) Soweit in landesrechtlichen Vorschriften, die nach Maßgabe des Artikels IX des Zweiten Gesetzes zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern vom 23. Mai 1975 (BGBl. I S. 1173), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3702), fortgelten, besondere Grundgehaltssätze (Gehaltssätze, einheitliche Gehaltssätze für die Wahrnehmung mehrerer Ämter) festgelegt sind, werden diese in gleicher Weise wie die Dienstbezüge nach § 14 Abs. 2 erhöht. Dies gilt auch für die Regelungen über Rahmensätze, Höchstbeträge und Mittelbeträge oder entsprechende Begrenzungen sowie für die

auf Grund dieser Regelungen festgesetzten Grundgehaltssätze (Gehaltssätze).

§ 85  
Einmalzahlung im Jahr 2003

(1) Beamte, Richter und Soldaten mit Anspruch auf Besoldung für den gesamten Monat April 2003 und mindestens einen Tag im Monat Mai 2003 erhalten eine Einmalzahlung in Höhe von 7,5 vom Hundert der Dienstbezüge, die ihnen im Monat März 2003 (Basismonat) zugestanden haben, höchstens 185 Euro. Satz 1 gilt nicht für Empfänger von Bezügen aus der Besoldungsgruppe B 11.

(2) Dienstbezüge nach Absatz 1 sind die in § 14 Abs. 2 Satz 1 genannten Besoldungsbestandteile einschließlich der Erhöhungsbeträge beim Familienzuschlag der Stufe 2 für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 5. Soweit ein Besoldungsanspruch erst nach dem 1. März 2003 erworben wurde, sind die Dienstbezüge zugrunde zu legen, die dem Beamten, Richter oder Soldaten unter Berücksichtigung seiner persönlichen Verhältnisse zugestanden hätten, wenn er für den gesamten Monat März 2003 Anspruch auf Besoldung gehabt hätte.

(3) Für den Höchstsatz nach Absatz 1 gelten § 6 Abs. 1 und § 72a Abs. 1 Satz 1 entsprechend. Maßgebend sind die Verhältnisse während des Basismonats.

(4) Die Einmalzahlung wird jedem Berechtigten nur einmal gewährt; bei mehreren Dienstverhältnissen gilt § 5 entsprechend. Sie bleibt bei sonstigen Besoldungs- und Versorgungsleistungen unberücksichtigt. Der Anspruch richtet sich gegen den Dienstherrn, der die Dienstbezüge für den Monat April 2003 überwiegend zu zahlen hat.

(5) Für Anwärter gelten die Absätze 1 bis 4 entsprechend mit der Maßgabe, dass der Höchstsatz nach Absatz 1 65 Euro beträgt. Abweichend hiervon sind für Anwärter, die während des Basismonats, spätestens jedoch zum 1. April 2003 in ein anderes Beamtenverhältnis (§ 5 des Bundesbeamtengesetzes oder entsprechendes Landesrecht) berufen worden sind, die hierfür gezahlten Dienstbezüge entsprechend zugrunde zu legen.“

6. Die Anlagen IV, V, VIa bis VIi, VIII und IX erhalten die aus den Anhängen 1 bis 13 dieses Gesetzes ersichtliche Fassung.

### Artikel 2

#### Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes für das Jahr 2004

Das Bundesbesoldungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. August 2002 (BGBl. I S. 3020), zuletzt geändert durch Artikel 1 dieses Gesetzes, wird wie folgt geändert:

1. § 14 wird wie folgt geändert:
  - a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
    - aa) In Satz 1 wird die Angabe „2,4 vom Hundert“ durch die Angabe „1,0 vom Hundert“ ersetzt.

bb) Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Die Erhöhung gilt ab 1. April 2004.“

cc) In Satz 3 werden die Wörter „in den Jahren 2003 und 2004“ durch die Wörter „im Jahre 2004“ ersetzt.

dd) In Satz 4 wird die Angabe „1. April 2003“ durch die Angabe „1. April 2004“ ersetzt.

b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 wird die Angabe „2,04 vom Hundert“ durch die Angabe „0,85 vom Hundert“ ersetzt.

bb) In Satz 3 wird die Angabe „1. April 2003“ durch die Angabe „1. April 2004“ ersetzt.

2. § 85 wird wie folgt gefasst:

„§ 85  
Einmalzahlung im Jahr 2004

(1) Beamte, Richter und Soldaten, die im Monat November 2004 ununterbrochen bei demselben Dienstherrn in einem Beamten-, Richter- oder Soldatenverhältnis stehen und mindestens für einen Tag in diesem Monat Anspruch auf Besoldung haben, erhalten eine Einmalzahlung in Höhe von 50 Euro, Anwärter in Höhe von 30 Euro. Satz 1 gilt nicht für Empfänger von Bezügen aus der Besoldungsgruppe B 11.

(2) § 6 Abs. 1 und § 72a Abs. 1 Satz 1 gelten entsprechend. Maßgebend sind die im Monat November 2004 geltenden Verhältnisse.

(3) Die Einmalzahlung wird jedem Berechtigten nur einmal gewährt; bei mehreren Dienstverhältnissen gilt § 5 entsprechend. Sie bleibt bei sonstigen Besoldungs- und Versorgungsleistungen unberücksichtigt.“

3. Die Anlagen IV, V, VIa bis VIi, VIII und IX erhalten die aus den Anhängen 14 bis 26 dieses Gesetzes ersichtliche Fassung.

### Artikel 3

#### Weitere Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes für das Jahr 2004

Das Bundesbesoldungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. August 2002 (BGBl. I S. 3020), zuletzt geändert durch Artikel 2 dieses Gesetzes, wird wie folgt geändert:

1. In § 14 Abs. 2 und 3 wird die Angabe „1. April 2004“ jeweils durch die Angabe „1. August 2004“ ersetzt.
2. Die Anlagen IV, V, VIa bis VIi, VIII und IX erhalten die aus den Anhängen 27 bis 39 dieses Gesetzes ersichtliche Fassung.

### Artikel 4

#### Änderung des Beamtenversorgungsgesetzes

Das Beamtenversorgungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. März 1999 (BGBl. I S. 322, 847, 2033), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16. Februar 2002 (BGBl. I S. 686), wird wie folgt geändert:



1. In der Inhaltsübersicht werden
  - a) nach der Angabe zu § 70 die Angaben
    - „§ 71 Erhöhung der Versorgungsbezüge
    - § 72 Einmalzahlung im Jahr 2003
    - § 73 Gewährung der Einmalzahlung“ eingefügt und
  - b) die Angabe „§§ 71 bis 76“ durch die Angabe „§§ 74 bis 76“ ersetzt.

2. Nach § 70 werden folgende §§ 71 bis 73 eingefügt:

„§ 71

Erhöhung der Versorgungsbezüge

(1) Bei Versorgungsempfängern gilt die Erhöhung nach § 14 Abs. 2 des Bundesbesoldungsgesetzes entsprechend für die in Artikel 2 § 2 Abs. 1 bis 5 des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 1995 vom 18. Dezember 1995 (BGBl. I S. 1942) genannten Bezügebestandteile sowie für die in § 14 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 und § 84 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4, 5 und 7 des Bundesbesoldungsgesetzes aufgeführten Stellenzulagen und Bezüge. Satz 1 gilt für Empfänger von Versorgungsbezügen der weggefallenen Besoldungsgruppe A 1 entsprechend. § 14 Abs. 2 Satz 3 des Bundesbesoldungsgesetzes gilt entsprechend.

(2) Versorgungsbezüge, deren Berechnung ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz in der bis zum 30. Juni 1997 geltenden Fassung nicht zugrunde liegt, werden ab 1. April 2003 für die Besoldungsgruppen A 1 bis A 11 und ab 1. Juli 2003 für die übrigen Besoldungsgruppen um 2,3 vom Hundert erhöht, wenn der Versorgungsfall vor dem 1. Juli 1997 eingetreten ist. § 14 Abs. 2 Satz 3 des Bundesbesoldungsgesetzes gilt entsprechend. Die Sätze 1 und 2 gelten entsprechend für

1. Hinterbliebene eines vor dem 1. Juli 1997 vorhandenen Versorgungsempfängers,
2. Versorgungsbezüge, die in festen Beträgen festgesetzt sind,
3. den Betrag nach Artikel 13 § 2 Abs. 4 des Fünften Gesetzes zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften vom 28. Mai 1990 (BGBl. I S. 967).

(3) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt der Besoldungsgruppen A 1 bis A 8 oder ein Grundgehalt nach Zwischenbesoldungsgruppen zugrunde liegt, vermindert sich das Grundgehalt ab 1. April 2003 um 46,77 Euro, wenn ihren ruhegehaltfähigen Dienstbezügen die Stellenzulage nach Vorbemerkung Nummer 27 Abs. 1 Buchstabe a oder b der Bundesbesoldungsordnungen A und B bei Eintritt in den Ruhestand nicht zugrunde gelegen hat.

§ 72

Einmalzahlung im Jahr 2003

(1) Am 1. Mai 2003 vorhandene Empfänger von laufenden Versorgungsbezügen erhalten eine Einmalzahlung in Höhe von 7,5 vom Hundert der Versorgungsbezüge, die ihnen im Monat März 2003 zugestanden haben, höchstens jedoch einen Betrag, der sich nach dem jeweiligen maßgebenden Ruhegehaltssatz und den Anteilssätzen des Witwen- und Waisengeldes sowie des Unterhaltsbeitrages aus dem Betrag von 185 Euro ergibt.

Bemessungsgrundlage sind jeweils die vollen Versorgungsbezüge für den Monat März 2003. Soweit im März 2003 kein Anspruch auf Versorgungsbezüge bestanden hat, sind für die Bemessung des Versorgungsbezugs die Merkmale des ersten Tages mit Anspruch auf Versorgung im Zeitraum vom 1. April bis 1. Mai 2003 maßgebend; die Erhöhung nach § 71 bleibt insoweit außer Betracht. Grundlage für die Berechnung der Versorgungsbezüge nach den Sätzen 1 und 2 sind die in § 14 Abs. 2 Satz 1 und § 84 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4, 5 und 7 des Bundesbesoldungsgesetzes bezeichneten ruhegehaltfähigen Besoldungsbestandteile und Bezüge. § 85 Abs. 1 Satz 2 des Bundesbesoldungsgesetzes gilt entsprechend.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für Empfänger von Versorgungsbezügen nach § 2 Nr. 2 der Beamtenversorgungs-Übergangsverordnung mit der Maßgabe, dass an die Stelle des in Absatz 1 Satz 1 genannten Betrages von 185 Euro der Betrag von 166,50 Euro tritt.

(3) Am 1. Mai 2003 vorhandene Empfänger von laufenden Versorgungsbezügen im Sinne des § 71 Abs. 2 erhalten eine Einmalzahlung in Höhe von 111 Euro. Witwen und versorgungsberechtigte geschiedene Ehefrauen erhalten 67 Euro, Empfänger von Vollwaisengeld 23 Euro und Empfänger von Halbwaisengeld 14 Euro.

(4) Zu den laufenden Versorgungsbezügen im Sinne der Absätze 1 bis 3 gehören auch der Ausgleich und der Mindestbelassungsbetrag nach Artikel 2 § 2 Abs. 1 bis 3 und Artikel 3 § 3 Abs. 2 bis 4 des 2. Haushaltsstrukturgesetzes vom 22. Dezember 1981 (BGBl. I S. 1523), geändert durch Artikel 14 des Gesetzes vom 29. Juni 1998 (BGBl. I S. 1666). Bei Empfängern von Mindestversorgungsbezügen gilt der jeweils maßgebende Mindestruhegehaltssatz; Absatz 3 ist im Falle der Gewährung von Mindestversorgung nicht anzuwenden.

§ 73

Gewährung der Einmalzahlung

(1) Die Einmalzahlungen nach § 85 des Bundesbesoldungsgesetzes und nach § 72 werden nicht nebeneinander gewährt; dies gilt auch bei mehreren Ansprüchen nach einer dieser Rechtsnormen. Die Einmalzahlung bleibt bei sonstigen Versorgungsleistungen unberücksichtigt.

(2) Der Anspruch aus einem Dienstverhältnis geht dem Anspruch aus dem Rechtsverhältnis als Versorgungsempfänger vor. Der Anspruch aus einem späteren Rechtsverhältnis als Versorgungsempfänger geht dem Anspruch aus einem früheren Rechtsverhältnis als Versorgungsempfänger vor. Beim Zusammentreffen von Ruhegehalt mit Hinterbliebenenversorgung bemisst sich die Einmalzahlung nach dem Ruhegehalt; sie wird neben dem Ruhegehalt gezahlt.

(3) Ruhens- und Anrechnungsvorschriften sowie Vorschriften über die anteilige Kürzung sind nicht anzuwenden.

(4) Im Sinne der Absätze 1 und 2 stehen der Einmalzahlung entsprechende Leistungen aus einem anderen Rechtsverhältnis im öffentlichen Dienst (§ 40 Abs. 6 des Bundesbesoldungsgesetzes und § 53 Abs. 8) nach diesen Vorschriften gleich. Dem öffentlichen Dienst im Sinne

des Satzes 1 steht der Dienst bei öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften und ihren Verbänden gleich.“

3. In § 107a Abs. 1 Satz 1 wird die Angabe „2005“ durch die Angabe „2009“ ersetzt.

### Artikel 5

#### Änderung des Beamtenversorgungsgesetzes für das Jahr 2004

Das Beamtenversorgungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. März 1999 (BGBl. I S. 332, 847, 2033), zuletzt geändert durch Artikel 4 dieses Gesetzes, wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht wird in der Angabe zu § 72 die Zahl „2003“ durch die Zahl „2004“ ersetzt.
2. § 71 wird wie folgt geändert:
  - a) In Absatz 2 Satz 1 wird die Angabe „1. April 2003 für die Besoldungsgruppen A 1 bis A 11 und ab 1. Juli 2003 für die übrigen Besoldungsgruppen um 2,3 vom Hundert“ durch die Angabe „1. April 2004 um 0,9 vom Hundert“ ersetzt.
  - b) In Absatz 3 Satz 1 werden die Angabe „1. April 2003“ durch die Angabe „1. April 2004“ und die Angabe „46,77 Euro“ durch die Angabe „47,24 Euro“ ersetzt.
3. § 72 wird wie folgt geändert:
  - a) In der Überschrift wird die Zahl „2003“ durch die Zahl „2004“ ersetzt.
  - b) Die Absätze 1 und 2 werden wie folgt gefasst:
 

„(1) Am 1. November 2004 vorhandene Empfänger von laufenden Versorgungsbezügen erhalten eine Einmalzahlung, die sich nach dem jeweiligen maßgebenden Ruhegehaltssatz und den Anteilssätzen des Witwen- und Waisengeldes sowie des Unterhaltsbeitrages aus dem Betrag von 50 Euro ergibt. § 85 Abs. 1 Satz 2 des Bundesbesoldungsgesetzes gilt entsprechend.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für Empfänger von Versorgungsbezügen nach § 2 Nr. 2 der Beamtenversorgungs-Übergangsverordnung mit der Maßgabe, dass an die Stelle des Betrages von 50 Euro der Betrag von 46,25 Euro tritt.“
  - c) In Absatz 3 werden
    - aa) die Angabe „1. Mai 2003“ durch die Angabe „1. November 2004“,
    - bb) die Angabe „111 Euro“ durch die Angabe „30 Euro“,
    - cc) die Angabe „67 Euro“ durch die Angabe „18 Euro“,
    - dd) die Angabe „23 Euro“ durch die Angabe „6 Euro“,
    - ee) die Angabe „14 Euro“ durch die Angabe „4 Euro“
 ersetzt.

### Artikel 6

#### Weitere Änderung des Beamtenversorgungsgesetzes für das Jahr 2004

§ 71 des Beamtenversorgungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. März 1999 (BGBl. I S. 322, 847, 2033), das zuletzt durch Artikel 5 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In Absatz 2 Satz 1 wird die Angabe „1. April 2004“ durch die Angabe „1. August 2004“ ersetzt.
2. In Absatz 3 Satz 1 werden die Angabe „1. April 2004“ durch die Angabe „1. August 2004“ und die Angabe „47,24 Euro“ durch die Angabe „47,71 Euro“ ersetzt.

### Artikel 7

#### Änderung des Soldatenversorgungsgesetzes

Das Soldatenversorgungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. April 2002 (BGBl. I S. 1258, 1909), zuletzt geändert durch Artikel 66 des Gesetzes vom 21. August 2002 (BGBl. I S. 3322), wird wie folgt geändert:

1. § 89b wird wie folgt gefasst:

„§ 89b

Auf die Versorgungsbezüge der Berufssoldaten, der Soldaten auf Zeit und ihrer Hinterbliebenen sind die §§ 70 bis 73 des Beamtenversorgungsgesetzes mit der Maßgabe entsprechend anzuwenden, dass an die Stelle des § 2 Nr. 2 der Beamtenversorgungs-Übergangsverordnung § 2 Nr. 1 der Soldatenversorgungs-Übergangsverordnung tritt.“

2. In § 92a Satz 1 wird die Zahl „2005“ durch die Zahl „2009“ ersetzt.

### Artikel 8

#### Änderung des Sechsten Besoldungsänderungsgesetzes

Dem Artikel 12 § 4 des Sechsten Besoldungsänderungsgesetzes vom 14. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3702) wird folgender Satz angefügt:

„Satz 1 gilt für die Besoldungsgruppen A 1 bis A 11 bis zum 31. März 2003 und für die übrigen Besoldungsgruppen bis zum 30. Juni 2003.“

### Artikel 9

#### Änderung der Altersteilzeitzuschlagsverordnung

In § 1 der Altersteilzeitzuschlagsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. August 2001 (BGBl. I S. 2239), die durch Artikel 6a des Gesetzes vom 21. Juni 2002 (BGBl. I S. 2138) geändert worden ist, werden der Punkt am Ende durch ein Komma ersetzt und die Angabe „soweit die Altersteilzeit mindestens mit der Hälfte der bisherigen Arbeitszeit, die für die Bemessung der ermäßigten Arbeitszeit während der Altersteilzeit zugrunde gelegt worden ist, durchgeführt wird.“ angefügt.

**Artikel 10****Änderung der Erschwerniszulagenverordnung**

Die Erschwerniszulagenverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3497), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 21. Januar 2003 (BGBl. I S. 90) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 4 Abs. 1 Nr. 1 wird die Angabe „2,61 Euro“ durch die Angabe „2,72 Euro“ ersetzt.
2. In § 17 wird die Angabe „1,24 Euro“ durch die Angabe „1,29 Euro“ ersetzt.

**Artikel 11****Änderung der Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für Beamte**

§ 4 der Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für Beamte in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3494), die zuletzt durch Artikel 2 der Verordnung vom 8. August 2002 (BGBl. I S. 3177) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In Absatz 1 werden
  - a) die Angabe „9,54 Euro“ durch die Angabe „9,96 Euro“,
  - b) die Angabe „11,27 Euro“ durch die Angabe „11,77 Euro“,
  - c) die Angabe „15,47 Euro“ durch die Angabe „16,15 Euro“ und
  - d) die Angabe „21,33 Euro“ durch die Angabe „22,27 Euro“
 ersetzt.
2. In Absatz 3 werden
  - a) die Angabe „14,40 Euro“ durch die Angabe „15,03 Euro“,
  - b) die Angabe „17,84 Euro“ durch die Angabe „18,62 Euro“,
  - c) die Angabe „21,18 Euro“ durch die Angabe „22,11 Euro“ und
  - d) die Angabe „24,74 Euro“ jeweils durch die Angabe „25,83 Euro“
 ersetzt.

**Artikel 12****Änderung der Zweiten Besoldungs-Übergangsverordnung**

Die Zweite Besoldungs-Übergangsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. November 1997

(BGBl. I S. 2764), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 14. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3702), wird wie folgt geändert:

1. § 2 Abs. 1 Satz 1 wird wie folgt gefasst:
 

„Für Beamte, Richter und Soldaten, die von ihrer erstmaligen Ernennung an im Beitrittsgebiet verwendet werden, betragen die Dienstbezüge (§ 1 Abs. 2 des Bundesbesoldungsgesetzes)

ab 1. Januar 2003	91 vom Hundert,
ab 1. Januar 2004	92,5 vom Hundert

der für das bisherige Bundesgebiet jeweils geltenden Dienstbezüge.“
2. Nach § 10 wird folgender § 11 eingefügt:
 

„§ 11  
Einmalzahlungen in den Jahren 2003 und 2004

§ 85 des Bundesbesoldungsgesetzes gilt entsprechend mit der Maßgabe, dass für die im Jahr 2003 gewährte Einmalzahlung der Bemessungssatz nach § 2 Abs. 1 in der bis zum 31. Dezember 2002 geltenden Fassung zugrunde zu legen ist.“
3. § 12 wird wie folgt geändert:
  - a) Der bisherige Wortlaut wird Absatz 1.
  - b) Nach Absatz 1 wird folgender Absatz 2 angefügt:
 

„(2) § 2 Abs. 1 ist für die Beamten und Soldaten der Besoldungsgruppen A 2 bis A 9 bis zum 31. Dezember 2007 anzuwenden.“
4. In § 14 Abs. 3 wird die Zahl „2005“ durch die Zahl „2009“ ersetzt.

**Artikel 13****Bekanntmachungserlaubnisse**

Das Bundesministerium des Innern kann den Wortlaut des Bundesbesoldungsgesetzes und des Beamtenversorgungsgesetzes in der vom 1. August 2004 an geltenden Fassung, den Wortlaut der Altersteilzeitzuschlagsverordnung in der vom ... [einsetzen: Datum des ersten Tages des auf die Verkündung folgenden Kalendermonats] an geltenden Fassung, der Erschwerniszulagenverordnung und der Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für Beamte in der vom 1. April 2004 an geltenden Fassung sowie der Zweiten Besoldungs-Übergangsverordnung in der vom 1. April 2003 an geltenden Fassung im Bundesgesetzblatt bekannt machen.

**Artikel 14****Rückkehr zum einheitlichen Verordnungsrang**

Die auf den Artikeln 9 bis 12 beruhenden Teile der dort geänderten Rechtsverordnungen können auf Grund der jeweils einschlägigen Ermächtigung durch Rechtsverordnung geändert werden.

## **Artikel 15**

### **Inkrafttreten, Außerkrafttreten**

(1) Die Artikel 8 sowie 12 Nr. 1, 3 und 4 treten mit Wirkung vom 1. Januar 2003 in Kraft.

(2) Die Artikel 1, 4, 7 und 12 Nr. 2 treten mit Wirkung vom 1. April 2003 in Kraft.

(3) Artikel 9 tritt am ersten Tag des auf die Verkündung folgenden Kalendermonats in Kraft.

(4) Die Artikel 2, 5, 10 und 11 treten am 1. April 2004 in Kraft.

(5) Die Artikel 3 und 6 treten am 1. August 2004 in Kraft.

(6) Artikel 12 § 4 des Sechsten Besoldungsänderungsgesetzes vom 14. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3702) tritt mit Ablauf des 30. Juni 2003 außer Kraft.



Gültig ab 1. Juli 2003 (gilt in den Jahren 2003 und 2004 nicht für B 11)

## **2. Bundesbesoldungsordnung B**

### **Grundgehaltssätze** (Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	
B 1	4817,53
B 2	5604,35
B 3	5937,43
B 4	6286,30
B 5	6686,55
B 6	7064,51
B 7	7432,18
B 8	7815,39
B 9	8291,19
B 10	9768,74
B 11	10602,05

Gültig ab 1. Juli 2003

**3. Bundesbesoldungsordnung W**

**Grundgehaltssätze**  
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	W 1	W 2	W 3
	3338,24	3813,38	4630,53

Gültig ab 1. Juli 2003

**4. Bundesbesoldungsordnung R**

**Grundgehaltssätze**  
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49
R 1	3032,98	3171,95	3245,12	3433,84	3622,56	3811,29	4000,02	4188,74	4377,47	4566,20	4754,92	4943,65
R 2			3696,88	3885,61	4074,33	4263,06	4451,79	4640,51	4829,24	5017,95	5206,68	5395,39

R 3	5937,43
R 4	6286,30
R 5	6686,55
R 6	7064,51
R 7	7432,18
R 8	7815,39
R 9	8291,19
R 10	10189,96

## Anhang 2 zu Art. 1 Nr. 6 BBVAnpG 2003/2004

**Anlage V des BBesG**

Gültig ab 1. April 2003 für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 11 und Anwärter

Gültig ab 1. Juli 2003 für die übrigen Besoldungsgruppen

**Familienzuschlag**  
(Monatsbeträge in Euro)

	<b>Stufe 1</b> (§ 40 Abs. 1)	<b>Stufe 2</b> (§ 40 Abs. 2)
Besoldungsgruppen A 2 bis A 8	98,26	186,54
übrige Besoldungsgruppen	103,20	191,48

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Familienzuschlag für das zweite zu berücksichtigende Kind um 88,28 Euro, für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 226,04 Euro.

**Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 5**

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich für das erste zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 5 um je 5,11 Euro, ab Stufe 3 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind

in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 3 um je 25,56 Euro,  
in der Besoldungsgruppe A 4 um je 20,45 Euro und  
in der Besoldungsgruppe A 5 um je 15,34 Euro.

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

**Anrechnungsbetrag nach § 39 Abs. 2 Satz 1**

- in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 8: 91,35 Euro  
- in den Besoldungsgruppen A 9 bis A 12: 96,97 Euro



## Anhang 13 zu Art. 1 Nr. 6 BBVAnpG 2003/2004

Gültig ab 1. April 2003 für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 11 und Anwärter

Anlage IX des BBesG

Gültig ab 1. Juli 2003 für die übrigen Besoldungsgruppen

**Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen, Vergütungen**  
(Monatsbeträge)

- in der Reihenfolge der Gesetzesstellen -

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil
<b>Bundesbesoldungsgesetz</b>		Nummer 7	
§ 44	bis zu 102,26	Die Zulage beträgt für	12,5 v. H. des
§ 48 Abs. 2	bis zu 102,26	Beamte und Soldaten der	Endgrundgehalts
§ 78	bis zu 76,69	Besoldungsgruppen	oder, bei festen
			Gehältern, des
			Grundgehalts der
			Besoldungsgruppe *)
<b>Bundesbesoldungsordnungen A und B</b>		A 2 bis A 5	A 5
<b>Vorbemerkungen</b>		A 6 bis A 9	A 9
Nummer 2 Abs. 2	127,82	A 10 bis A 13	A 13
Nummer 4	51,13	A 14, A 15, B 1	A 15
Nummer 4a	76,69	A 16, B 2 bis B 4	B 3
		B 5 bis B 7	B 6
		B 8 bis B 10	B 9
		B 11	B 11
Nummer 5		Nummer 8	
Die Zulage beträgt für		Die Zulage beträgt	
Manschaften,		für Beamte der Besoldungsgruppen	
Unteroffiziere/Beamte		A 2 bis A 5	115,04
der Besoldungsgruppen A 5 und A 6	35,79	A 6 bis A 9	153,39
Unteroffiziere/Beamte		A 10 und höher	191,73
der Besoldungsgruppen A 7 bis A 9	51,13	Nummer 8a	
Offiziere/Beamte des gehobenen		die Zulage beträgt	
und höheren Dienstes	76,69	für Beamte der Besoldungsgruppen	
Nummer 5a		A 2 bis A 5	70,06
Abs. 1		A 6 bis A 9	95,53
Buchstabe a	92,03	A 10 bis A 13	117,82
Buchstabe b	153,39	A 14 und höher	140,11
Buchstabe c	219,86	für Anwärter der Laufbahngruppe	
Abs. 2		des mittleren Dienstes	50,96
Nr. 1 Buchstabe a	138,05	des gehobenen Dienstes	66,87
Buchstabe b	102,26	des höheren Dienstes	82,80
Nr. 2 Buchstabe a	102,26	Nummer 8b	
Buchstabe b	40,90	die Zulage beträgt	
Nr. 3	66,47	für Beamte der Besoldungsgruppen	
Nr. 4 und 5	61,36	A 2 bis A 5	92,03
Nr. 6 Buchstabe a	102,26	A 6 bis A 9	122,71
Buchstabe b	102,26	A 10 bis A 13	153,39
Nr. 7 Buchstabe a	102,26	A 14 und höher	184,07
Buchstabe b	40,90	Nummer 9	
Nr. 8 Buchstabe a	127,82	Die Zulage beträgt	
Buchstabe b	66,47	nach einer Dienstzeit	
Nr. 9	61,36	von einem Jahr	63,69
Nummer 6 Abs. 1		von zwei Jahren	127,38
Buchstabe a	460,16	*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember	
Buchstabe b	368,13	1975 (BGBl. I S. 3091).	
Buchstabe c	294,50		
Nummer 6 a	102,26		

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil
Nummer 9a		Nummer 27	
Abs. 1		Abs. 1	
Buchstabe a	102,26	Buchstabe a	
Buchstabe b	204,52	Doppelbuchstabe aa	16,06
Buchstabe c	153,39	Doppelbuchstabe bb	62,82
Abs. 2		Buchstabe b	69,81
Buchstabe a	40,90	Buchstabe c	69,81
Buchstabe b	51,13	Abs. 2	
Nummer 10 Abs. 1		Buchstabe a	
Die Zulage beträgt		Doppelbuchstabe bb	46,78
nach einer Dienstzeit		Buchstabe b und c	69,81
von einem Jahr	63,69	Nummer 30	23,01
von zwei Jahren	127,38		
Nummer 12	95,53	Besoldungsgruppen	Fußnote
Nummer 13a	bis zu 76,69	A 2	1 29,99
Nummer 13c			2 17,73
Die Zulage beträgt			3 55,31
für Beamte der Besoldungsgruppen		A 3	1, 5 55,31
A 2 bis A 7	46,02		2 29,99
A 8 bis A 11	61,36		7 27,94
A 12 bis A 15	71,58	A 4	1, 4 55,31
A 16 und höher	92,03		2 29,99
Nummer 13d			5 6,02
Die Zulage beträgt		A 5	3 29,99
für Beamte der Besoldungsgruppen			4, 6 55,31
A 2 und A 3	12,78	A 6	6 29,99
A 4 bis A 6	17,90	A 7	2 37,23
A 7 bis A 10	35,79		5 50 v. H. des
A 11	40,90		jeweiligen Unter-
A 12 bis A 15	48,57		schiedsbetrages
A 16 bis B 4	58,80		zum Grundgehalt
B 5 bis B 7	71,58		der Besoldungs-
Nummer 19 Satz 1	207,39		gruppe A 8
Nummer 21	173,98	A 8	2 47,99
Nummer 25	38,35	A 9	2, 3, 6 223,27
Nummer 26 Abs. 1			7 8 v. H. des
Die Zulage beträgt für Beamte			Endgrund-
des mittleren Dienstes	17,05		gehalts der
des gehobenen Dienstes	38,35		Besoldungs-
			gruppe A 9
		A 12	7, 8 129,68
		A 13	6 103,71
			7 155,56
			11, 12, 13 226,90
		A 14	5 155,56
		A 15	7 155,56
		B 10	1 359,48

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil	
<b>Bundesbesoldungsordnung R</b>		
Vorbemerkungen		
Nummer 2		
Die Zulage beträgt	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungs- gruppe *)	
a) bei Verwendung		
bei obersten Gerichtshöfen des Bundes für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)		
R 1	R 1	
R 2 bis R 4	R 3	
R 5 bis R 7	R 6	
R 8 bis R 10	R 9	
b) bei Verwendung		
bei obersten Bundesbehörden oder bei obersten Gerichtshöfen des Bundes, wenn ihnen kein Richter- amt übertragen ist, für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)		
R 1	A 15	
R 2 bis R 4	B 3	
R 5 bis R 7	B 6	
R 8 bis R 10	B 9	
Nummer 4	38,35	
Besoldungsgruppen	Fußnote	
R 1	1, 2	171,99
R 2	3 bis 8, 10	171,99
R 3	3	171,99
R 8	2	343,92
*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091).		

Anhang 12 zu Art. 1 Nr. 6 BBVAmpG 2003/2004

Anlage VIII des BBesG

Gültig ab 1. April 2003

**Anwärtergrundbetrag**  
(Monatsbeträge in Euro)

Eingangsamt, in das der Anwärter nach Abschluß des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag
A 2 bis A 4	695,04
A 5 bis A 8	801,54
A 9 bis A 11	849,17
A 12	972,48
A 13	1000,51
A 13 + Zulage (Nummer 27 Abs. 1 Buchstabe c der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B) oder R 1	1031,33

Anhang 3 zu Art. 1 Nr. 6 BBVAmpG 2003/2004

## Anlage VI a des BBesG

Gültig ab 1. April 2003 für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 11 und für Anwärter  
 Gültig ab 1. Juli 2003 für die übrigen Besoldungsgruppen

## Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 2)

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	862,93	1018,40	1175,96	1332,48	1490,04	1647,60	1803,07	1961,68	2116,11	2274,19	2431,23	2587,22
A 9	1014,75	1183,27	1350,73	1519,25	1688,81	1856,81	2025,33	2194,36	2362,36	2530,88	2698,87	2867,39
A 10	1145,18	1322,04	1496,30	1671,60	1846,37	2022,20	2196,97	2371,75	2546,00	2720,78	2896,60	3071,38
A 11	1246,92	1430,56	1612,64	1795,25	1977,85	2159,93	2343,05	2525,65	2708,78	2890,86	3073,47	3255,55
A 12	1388,31	1581,86	1774,89	1968,98	2162,01	2356,62	2549,65	2743,73	2936,77	3130,85	3324,93	3518,49
A 13 und C 1	1526,56	1728,47	1928,81	2130,19	2331,05	2532,44	2733,83	2934,69	3136,60	3336,93	3538,84	3739,70
A 14	1667,43	1875,59	2083,76	2292,45	2500,61	2709,30	2917,47	3125,12	3333,28	3541,97	3749,61	3957,26
A 15, C 2 und R 1	1863,07	2087,93	2312,80	2537,65	2762,52	2987,90	3212,24	3438,15	3663,01	3888,40	4113,26	4338,12
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1968,45	2204,80	2441,13	2676,96	2914,34	3149,64	3385,97	3622,32	3858,65	4095,52	4331,34	4567,16
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1968,45	2213,15	2460,44	2707,73	2955,04	3203,37	3450,67	3698,49	3945,78	4193,60	4440,90	4688,20
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	2167,76	2442,18	2716,61	2990,52	3264,93	3539,36	3813,27	4087,17	4362,12	4635,50	4909,41	5184,88
B 8 und höher, R 8 und höher	2322,19	2632,09	2940,95	3250,85	3560,24	3870,13	4180,56	4489,94	4799,85	5109,22	5419,13	5728,51

Anhang 4 zu Art. 1 Nr. 6 BBVAmpG 2003/2004

Anlage Vb des BBesG

Gültig ab 1. April 2003 für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 11 und für Anwärter  
 Gültig ab 1. Juli 2003 für die übrigen Besoldungsgruppen

## Auslandszuschlag (§ 55 Abs.3)

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	734,07	866,05	999,09	1132,65	1267,27	1400,31	1532,82	1666,91	1798,89	1933,50	2066,54	2199,06
A 9	861,88	1005,88	1147,79	1291,27	1436,30	1578,73	1722,20	1865,68	2008,11	2151,58	2294,01	2436,44
A 10	973,53	1124,31	1272,48	1421,17	1570,39	1718,56	1867,76	2016,45	2163,58	2312,80	2462,53	2610,69
A 11	1060,14	1215,61	1370,56	1526,04	1681,51	1836,99	1991,93	2147,41	2301,84	2456,79	2612,79	2766,69
A 12	1179,09	1344,48	1508,82	1673,16	1838,55	2002,89	2166,72	2331,57	2496,96	2661,31	2826,17	2990,52
A 13 und C 1	1298,04	1469,17	1639,25	1810,89	1981,50	2152,63	2323,75	2494,36	2666,52	2836,60	3007,73	3178,85
A 14	1417,52	1594,39	1770,72	1949,16	2125,49	2302,36	2478,70	2656,09	2833,48	3010,33	3187,20	3363,54
A 15, C 2 und R 1	1583,43	1774,37	1965,33	2157,32	2349,32	2539,22	2730,17	2922,69	3114,16	3305,11	3496,06	3688,05
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1672,64	1873,51	2074,37	2275,76	2476,09	2676,96	2878,34	3078,68	3280,07	3481,97	3681,80	3882,65
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1672,64	1881,33	2091,59	2301,84	2511,57	2722,35	2933,12	3143,37	3353,63	3563,88	3774,14	3984,40
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1843,24	2075,41	2308,62	2541,83	2775,04	3008,25	3241,46	3474,67	3707,36	3941,09	4173,25	4406,99
B 8 und höher, R 8 und höher	1973,68	2237,15	2500,61	2763,56	3027,56	3289,46	3552,93	3815,88	4079,34	4342,29	4605,76	4869,24

Anhang 5 zu Art. 1 Nr. 6 BBVAmpG 2003/2004  
**Anlage VIc des BBesG**

Gültig ab 1. April 2003 für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 11 und für Anwärter  
 Gültig ab 1. Juli 2003 für die übrigen Besoldungsgruppen

**Auslandszuschlag ( § 55 Abs. 4)**

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	604,68	712,67	823,80	932,84	1043,44	1153,01	1262,57	1373,17	1481,69	1592,29	1701,85	1811,42
A 9	710,07	827,45	945,36	1062,75	1182,75	1300,13	1418,04	1535,95	1653,86	1770,72	1889,16	2007,07
A 10	802,41	925,53	1047,61	1170,75	1292,83	1415,96	1538,04	1660,12	1783,25	1904,81	2026,89	2150,54
A 11	873,36	1000,67	1129,01	1256,83	1385,17	1511,95	1639,77	1767,60	1895,93	2022,72	2151,58	2278,88
A 12	971,45	1107,09	1242,22	1378,91	1513,52	1649,16	1785,33	1919,93	2055,59	2191,76	2327,40	2463,57
A 13 und C 1	1068,49	1209,35	1349,69	1490,56	1631,95	1772,29	1913,16	2054,02	2195,41	2335,75	2477,13	2617,48
A 14	1167,61	1313,17	1458,21	1603,77	1750,90	1896,46	2042,02	2187,58	2333,14	2478,70	2624,26	2770,35
A 15, C 2 und R 1	1303,79	1460,83	1618,91	1776,99	1934,03	2092,11	2249,15	2406,71	2564,27	2721,83	2879,39	3036,42
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1377,87	1543,25	1708,12	1873,51	2039,93	2205,32	2369,66	2535,57	2700,96	2867,39	3032,25	3197,12
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1377,87	1548,47	1722,20	1895,41	2068,63	2242,88	2415,05	2587,74	2761,48	2935,21	3107,90	3281,64
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1517,69	1709,16	1901,68	2093,67	2285,14	2477,13	2669,65	2861,12	3053,64	3244,59	3437,11	3629,62
B 8 und höher, R 8 und höher	1625,16	1842,20	2058,72	2275,76	2492,79	2709,83	2926,34	3143,37	3359,37	3576,41	3793,44	4009,96

Anhang 6 zu Art. 1 Nr. 6 BBVAmpG 2003/2004

## Anlage Vid des BBesG

Gültig ab 1. April 2003 für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 11 und für Anwärter  
 Gültig ab 1. Juli 2003 für die übrigen Besoldungsgruppen

## Auslandszuschlag (§ 55 Abs.4)

&gt; Unterkunft und Verpflegung &lt;

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	423,12	499,29	575,99	653,20	730,41	807,11	883,28	961,53	1036,67	1114,92	1191,09	1268,31
A 9	496,68	579,11	661,55	743,97	827,45	909,88	992,84	1075,27	1157,18	1239,61	1323,09	1403,96
A 10	561,89	647,97	733,55	819,11	905,19	991,27	1077,36	1162,92	1247,96	1333,00	1419,08	1504,65
A 11	610,41	701,20	789,89	879,63	968,84	1058,57	1147,79	1237,52	1327,26	1416,48	1505,69	1594,91
A 12	679,80	774,76	870,76	964,67	1059,61	1154,05	1249,52	1344,48	1439,43	1533,87	1628,81	1723,77
A 13 und C 1	747,63	846,24	944,84	1043,97	1142,05	1240,65	1339,79	1438,39	1537,00	1635,60	1734,20	1832,81
A 14	817,53	919,28	1021,01	1123,79	1225,52	1327,79	1429,52	1531,25	1632,99	1735,25	1837,51	1939,24
A 15, C 2 und R 1	913,01	1023,09	1133,18	1243,27	1353,35	1462,91	1574,56	1685,16	1794,72	1905,33	2015,41	2126,01
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	964,67	1080,49	1195,79	1311,09	1427,96	1543,25	1659,08	1774,89	1891,24	2007,07	2122,37	2237,67
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	964,67	1084,13	1205,70	1327,26	1447,77	1568,81	1691,43	1811,94	1933,50	2054,02	2176,63	2297,67
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1062,23	1196,31	1330,92	1465,52	1599,60	1734,20	1868,81	2002,89	2137,49	2271,57	2406,18	2539,74
B 8 und höher, R 8 und höher	1137,88	1289,17	1441,52	1592,81	1744,64	1896,46	2048,28	2199,58	2352,45	2503,22	2655,04	2807,39



Anhang 7 zu Art. 1 Nr. 6 BBVAmpG 2003/2004

**Anlage VIe des BBesG**

Gültig ab 1. April 2003 für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 11 und für Anwärter

Gültig ab 1. Juli 2003 für die übrigen Besoldungsgruppen

**Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)**

> Unterkunft oder Verpflegung <

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	513,89	605,72	700,15	792,49	886,40	979,80	1073,71	1167,61	1259,44	1353,35	1446,21	1540,12
A 9	603,63	703,80	803,97	904,15	1005,36	1104,48	1205,70	1305,35	1405,52	1505,69	1605,34	1705,51
A 10	681,37	786,24	890,05	994,92	1098,75	1203,61	1306,92	1411,25	1514,56	1618,91	1723,77	1827,60
A 11	741,89	850,93	959,97	1068,49	1176,48	1285,00	1394,56	1502,56	1611,60	1720,12	1828,64	1937,16
A 12	825,89	941,19	1056,49	1171,27	1286,04	1401,35	1517,17	1631,95	1748,29	1863,07	1977,85	2093,67
A 13 und C 1	908,32	1028,32	1147,27	1267,79	1387,26	1506,21	1626,21	1746,20	1866,20	1985,68	2105,67	2225,15
A 14	992,32	1117,01	1239,61	1363,79	1487,43	1612,12	1735,25	1858,89	1983,07	2107,24	2230,36	2355,57
A 15, C 2 und R 1	1108,13	1241,69	1375,78	1509,87	1644,47	1778,03	1911,59	2045,68	2179,76	2313,32	2447,40	2580,96
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1171,27	1311,09	1452,48	1592,81	1733,68	1874,03	2014,89	2155,24	2296,10	2436,44	2577,31	2717,65
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1171,27	1316,83	1462,91	1611,60	1758,20	1906,37	2052,97	2200,10	2348,27	2494,88	2642,00	2789,13
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1289,69	1453,00	1616,29	1779,60	1941,85	2106,20	2268,97	2432,27	2594,52	2758,35	2921,64	3084,94
B 8 und höher, R 8 und höher	1382,56	1565,69	1750,90	1934,55	2118,72	2302,88	2487,57	2671,74	2854,86	3039,56	3223,72	3408,93

Anhang 8 zu Art. 1 Nr. 6 BBVAnpG 2003/2004

## Anlage VI f des BBesG

Gültig ab 1. April 2003 für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 11 und für Anwärter  
 Gültig ab 1. Juli 2003 für die übrigen Besoldungsgruppen

## Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5)

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	956,32	1118,57	1279,27	1442,04	1601,16	1763,42	1925,68	2087,93	2249,15	2409,84	2571,05	2733,83
A 9	1120,13	1292,83	1467,60	1639,25	1812,47	1985,16	2157,84	2332,09	2504,79	2677,48	2851,73	3024,95
A 10	1266,74	1446,73	1626,21	1805,16	1984,63	2164,63	2344,09	2524,09	2704,61	2883,04	3063,03	3243,03
A 11	1378,91	1566,73	1755,60	1943,41	2132,28	2321,14	2508,96	2697,30	2886,17	3074,51	3263,37	3451,20
A 12	1532,82	1732,12	1930,89	2129,67	2328,45	2527,22	2726,00	2925,29	3124,08	3322,85	3521,62	3720,40
A 13 und C 1	1686,21	1893,85	2100,97	2308,62	2516,79	2723,39	2931,04	3139,20	3347,37	3553,97	3761,61	3970,30
A 14	1841,16	2055,07	2270,01	2484,44	2699,39	2914,86	3128,77	3343,20	3557,10	3772,05	3985,96	4201,95
A 15, C 2 und R 1	2057,68	2291,40	2524,61	2757,82	2990,52	3223,72	3457,45	3690,66	3923,88	4156,56	4388,73	4623,50
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	2182,36	2426,53	2671,74	2916,95	3160,07	3404,76	3648,40	3893,61	4137,78	4381,94	4627,16	4871,32
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	2182,89	2440,09	2696,78	2953,47	3210,16	3466,84	3724,05	3980,74	4237,43	4494,12	4751,33	5007,49
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	2433,84	2716,09	2997,81	3280,59	3562,84	3845,09	4127,34	4410,12	4691,85	4974,62	5256,88	5539,65
B 8 und höher, R 8 und höher	2624,79	2943,56	3262,85	3582,14	3900,92	4219,17	4538,98	4857,24	5176,01	5495,82		

Anhang 9 zu Art. 1 Nr. 6 BBVAmpG 2003/2004

## Anlage Vfg des BBesG

Gültig ab 1. April 2003 für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 11 und für Anwärter  
 Gültig ab 1. Juli 2003 für die übrigen Besoldungsgruppen

## Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5)

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	821,19	956,84	1094,57	1230,75	1367,96	1505,69	1641,86	1779,60	1916,81	2052,45	2190,71	2325,84
A 9	958,92	1104,48	1254,75	1400,83	1547,43	1694,56	1841,16	1987,24	2134,37	2282,01	2428,61	2575,74
A 10	1084,66	1239,09	1391,96	1546,39	1699,77	1852,12	2006,02	2158,36	2313,32	2466,18	2619,05	2773,48
A 11	1183,27	1343,44	1503,60	1664,29	1824,46	1985,16	2145,32	2306,53	2466,70	2626,87	2787,56	2948,25
A 12	1316,31	1484,30	1653,33	1821,85	1990,89	2158,89	2327,92	2496,96	2666,00	2834,00	3002,51	3171,03
A 13 und C 1	1448,30	1624,64	1800,47	1976,80	2153,67	2329,49	2505,31	2681,13	2858,52	3034,33	3210,16	3386,50
A 14	1580,29	1761,33	1943,41	2126,01	2308,10	2490,18	2672,26	2853,30	3035,90	3218,50	3400,06	3582,67
A 15, C 2 und R 1	1767,08	1964,81	2162,01	2360,27	2558,53	2756,26	2953,47	3150,68	3349,45	3547,19	3744,92	3942,13
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1874,55	2082,20	2289,32	2496,96	2704,09	2911,73	3118,33	3325,98	3533,10	3740,75	3947,88	4155,00
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1879,24	2096,80	2314,88	2532,96	2750,52	2968,60	3186,68	3404,76	3622,32	3840,92	4059,00	4276,04
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	2095,76	2335,23	2576,27	2815,73	3056,25	3295,20	3535,19	3775,18	4015,69	4255,69	4495,16	4735,68
B 8 und höher, R 8 und höher	2263,76	2534,00	2805,82	3075,56	3347,37	3617,62	3888,40	4159,17	4429,94	4700,20		

Anhang 10 zu Art. 1 Nr. 6 BBVAmpG 2003/2004

Gültig ab 1. April 2003 für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 11 und für Anwärter  
 Gültig ab 1. Juli 2003 für die übrigen Besoldungsgruppen

Anlage V1h des BBesG

## Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5)

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	687,11	801,36	912,49	1025,71	1137,88	1250,05	1362,73	1475,43	1588,64	1700,81	1812,99	1925,68
A 9	803,97	925,53	1047,61	1167,61	1289,69	1411,78	1533,34	1656,47	1778,55	1900,12	2022,20	2144,28
A 10	909,36	1034,05	1160,31	1283,96	1409,69	1534,91	1660,64	1786,37	1911,07	2037,32	2160,97	2286,19
A 11	990,23	1123,79	1255,79	1388,31	1521,34	1653,33	1786,37	1917,85	2050,89	2183,41	2315,92	2448,96
A 12	1100,31	1240,13	1380,48	1519,77	1659,08	1798,37	1938,20	2076,97	2217,84	2357,14	2496,96	2635,74
A 13 und C 1	1212,48	1355,44	1500,48	1644,99	1789,51	1932,98	2076,45	2221,49	2365,49	2509,48	2654,00	2798,00
A 14	1324,13	1473,87	1622,56	1771,25	1920,98	2070,72	2220,45	2369,14	2519,40	2669,13	2817,82	2967,56
A 15, C 2 und R 1	1480,13	1643,95	1806,72	1970,03	2133,32	2297,14	2460,44	2623,74	2787,04	2950,34	3114,68	3277,46
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1571,43	1742,55	1913,16	2085,32	2255,93	2427,05	2599,22	2769,82	2940,95	3111,55	3284,24	3455,37
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1575,60	1755,60	1935,07	2114,54	2294,53	2474,01	2654,00	2833,48	3013,47	3192,94	3373,45	3552,41
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1760,81	1958,55	2155,24	2352,97	2549,65	2746,87	2943,56	3141,29	3337,98	3534,67	3732,40	3929,09
B 8 und höher, R 8 und höher	1904,81	2128,11	2352,97	2576,79	2800,08	3024,42	3248,24	3471,01	3695,88	3920,22		

Gültig ab 1. April 2003 für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 11 und für Anwärter  
 Gültig ab 1. Juli 2003 für die übrigen Besoldungsgruppen

Anhang 11 zu Art. 1 Nr. 6 BBVAmpG 2003/2004

**Anlage VII des BBesG**

**Auslandskinderzuschlag (§ 56)**

(Monatsbeträge in Euro je Kind)

Besoldungs- gruppe	nach § 56 Abs. 1 Nr. 1												nach § 56 Abs. 1 Nr. 2				
	Stufe des Auslandszuschlags																
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12					
A 2 bis A 16																	
B 1 bis B 11	124,69	142,95	161,73	178,95	198,25	216,52	234,25	252,52	270,77	289,56	307,81	324,51	124,69				

Gültig ab 1. April 2004

# 1. Bundesbesoldungsordnung A

## Grundgehaltssätze (Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	2-Jahres-Rhythmus					3-Jahres-Rhythmus					4-Jahres-Rhythmus				
						Stufe									
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12			
A 2	1459,99	1495,24	1530,50	1565,76	1601,02	1636,30	1671,56								
A 3	1520,88	1558,40	1595,91	1633,43	1670,96	1708,49	1746,01								
A 4	1555,42	1599,61	1643,76	1687,95	1732,12	1776,30	1820,46								
A 5	1567,99	1624,55	1668,50	1712,44	1756,40	1800,34	1844,29	1888,24							
A 6	1605,12	1653,38	1701,63	1749,88	1798,13	1846,39	1894,65	1942,90	1991,15						
A 7	1675,66	1719,03	1779,75	1840,47	1901,18	1961,90	2022,63	2065,98	2109,35	2152,73					
A 8		1780,64	1832,51	1910,33	1988,14	2065,94	2143,77	2195,64	2247,50	2299,40	2351,26				
A 9		1897,12	1948,17	2031,21	2114,25	2197,30	2280,35	2337,43	2394,53	2451,61	2508,71				
A 10		2044,16	2115,09	2221,48	2327,89	2434,29	2540,69	2611,62	2682,55	2753,48	2824,41				
A 11			2356,38	2465,40	2574,42	2683,45	2792,48	2865,16	2937,83	3010,53	3083,22	3155,89			
A 12			2534,18	2664,17	2794,14	2924,13	3054,11	3140,76	3227,41	3314,06	3400,73	3487,38			
A 13			2852,44	2992,80	3133,17	3273,52	3413,88	3507,46	3601,03	3694,60	3788,19	3881,76			
A 14			2968,72	3150,75	3332,76	3514,77	3696,79	3818,13	3939,48	4060,82	4182,17	4303,51			
A 15						3865,12	4065,24	4225,34	4385,43	4545,52	4705,62	4865,71			
A 16						4268,90	4500,34	4685,50	4870,67	5055,81	5240,97	5426,13			

Gültig ab 1. April 2004 (gilt im Jahr 2004 nicht für B 11)

## **2. Bundesbesoldungsordnung B**

### **Grundgehaltssätze** (Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	
B 1	4865,71
B 2	5660,39
B 3	5996,80
B 4	6349,16
B 5	6753,42
B 6	7135,16
B 7	7506,50
B 8	7893,54
B 9	8374,10
B 10	9866,43
B 11	10708,07

Gültig ab 1. April 2004

**3. Bundesbesoldungsordnung W**

**Grundgehaltssätze**  
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	W 1	W 2	W 3
	3371,62	3851,51	4676,84

Gültig ab 1. April 2004

**4. Bundesbesoldungsordnung R**

**Grundgehaltssätze**  
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49
R 1	3063,31	3203,67	3277,57	3468,18	3658,79	3849,40	4040,02	4230,63	4421,24	4611,86	4802,47	4993,09
R 2			3733,85	3924,47	4115,07	4305,69	4496,31	4686,92	4877,53	5068,13	5258,75	5449,34

R 3	5996,80
R 4	6349,16
R 5	6753,42
R 6	7135,16
R 7	7506,50
R 8	7893,54
R 9	8374,10
R 10	10291,86



## Anhang 15 zu Art. 2 Nr. 3 BBVAnpG 2003/2004

Gültig ab 1. April 2004

## Anlage V des BBesG

**Familienzuschlag**

(Monatsbeträge in Euro)

	<b>Stufe 1</b> (§ 40 Abs. 1)	<b>Stufe 2</b> (§ 40 Abs. 2)
Besoldungsgruppen A 2 bis A 8	99,24	188,40
übrige Besoldungsgruppen	104,24	193,40

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Familienzuschlag für das zweite zu berücksichtigende Kind um 89,16 Euro, für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 228,30 Euro.

**Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 5**

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich für das erste zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 5 um je 5,11 Euro, ab Stufe 3 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind

in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 3 um je 25,56 Euro,

in der Besoldungsgruppe A 4 um je 20,45 Euro und

in der Besoldungsgruppe A 5 um je 15,34 Euro.

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

**Anrechnungsbetrag nach § 39 Abs. 2 Satz 1**

- in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 8: 92,26 Euro
- in den Besoldungsgruppen A 9 bis A 12: 97,94 Euro

Gültig ab 1. April 2004

Anhang 26 zu Art. 2 Nr. 3 BBVAnpG 2003/2004

Anlage IX des BBesG

**Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen, Vergütungen**  
statistik

- in der Reihenfolge der Gesetzesstellen -

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil
<b>Bundesbesoldungsgesetz</b>		Nummer 7	
§ 44	bis zu 102,26	Die Zulage beträgt für	12,5 v. H. des
§ 48 Abs. 2	bis zu 102,26	Beamte und Soldaten der	Endgrundgehalts
§ 78	bis zu 76,69	Besoldungsgruppen	oder, bei festen
			Gehältern, des
			Grundgehalts der
			Besoldungsgruppe *)
<b>Bundesbesoldungsordnungen A und B</b>		A 2 bis A 5	A 5
<b>Vorbemerkungen</b>		A 6 bis A 9	A 9
		A 10 bis A 13	A 13
Nummer 2 Abs. 2	127,82	A 14, A 15, B 1	A 15
Nummer 4	51,13	A 16, B 2 bis B 4	B 3
Nummer 4a	76,69	B 5 bis B 7	B 6
Nummer 5		B 8 bis B 10	B 9
Die Zulage beträgt für		B 11	B 11
Mannschaften,		Nummer 8	
Unteroffiziere/Beamte		Die Zulage beträgt	
der Besoldungsgruppen A 5 und A 6	35,79	für Beamte der Besoldungsgruppen	
Unteroffiziere/Beamte		A 2 bis A 5	115,04
der Besoldungsgruppen A 7 bis A 9	51,13	A 6 bis A 9	153,39
Offiziere/Beamte des gehobenen		A 10 und höher	191,73
und höheren Dienstes	76,69	Nummer 8a	
Nummer 5a		die Zulage beträgt	
Abs. 1		für Beamte der Besoldungsgruppen	
Buchstabe a	92,03	A 2 bis A 5	70,06
Buchstabe b	153,39	A 6 bis A 9	95,53
Buchstabe c	219,86	A 10 bis A 13	117,82
Abs. 2		A 14 und höher	140,11
Nr. 1 Buchstabe a	138,05	für Anwärter der Laufbahngruppe	
Buchstabe b	102,26	des mittleren Dienstes	50,96
Nr. 2 Buchstabe a	102,26	des gehobenen Dienstes	66,87
Buchstabe b	40,90	des höheren Dienstes	82,80
Nr. 3	66,47	Nummer 8b	
Nr. 4 und 5	61,36	die Zulage beträgt	
Nr. 6 Buchstabe a	102,26	für Beamte der Besoldungsgruppen	
Buchstabe b	102,26	A 2 bis A 5	92,03
Nr. 7 Buchstabe a	102,26	A 6 bis A 9	122,71
Buchstabe b	40,90	A 10 bis A 13	153,39
Nr. 8 Buchstabe a	127,82	A 14 und höher	184,07
Buchstabe b	66,47	Nummer 9	
Nr. 9	61,36	Die Zulage beträgt	
Nummer 6 Abs. 1		nach einer Dienstzeit	
Buchstabe a	460,16	von einem Jahr	63,69
Buchstabe b	368,13	von zwei Jahren	127,38
Buchstabe c	294,50		
Nummer 6 a	102,26		

\*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091).

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil
Nummer 9a	
Abs. 1	
Buchstabe a	102,26
Buchstabe b	204,52
Buchstabe c	153,39
Abs. 2	
Buchstabe a	40,90
Buchstabe b	51,13
Nummer 10 Abs. 1	
Die Zulage beträgt	
nach einer Dienstzeit	
von einem Jahr	63,69
von zwei Jahren	127,38
Nummer 12	95,53
Nummer 13a	bis zu 76,69
Nummer 13c	
Die Zulage beträgt	
für Beamte der Besoldungsgruppen	
A 2 bis A 7	46,02
A 8 bis A 11	61,36
A 12 bis A 15	71,58
A 16 und höher	92,03
Nummer 13d	
Die Zulage beträgt	
für Beamte der Besoldungsgruppen	
A 2 und A 3	12,78
A 4 bis A 6	17,90
A 7 bis A 10	35,79
A 11	40,90
A 12 bis A 15	48,57
A 16 bis B 4	58,80
B 5 bis B 7	71,58
Nummer 19 Satz 1	209,46
Nummer 21	175,72
Nummer 25	38,35
Nummer 26 Abs. 1	
Die Zulage beträgt für Beamte	
des mittleren Dienstes	17,05
des gehobenen Dienstes	38,35

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil
Nummer 27	
Abs. 1	
Buchstabe a	
Doppelbuchstabe aa	16,22
Doppelbuchstabe bb	63,45
Buchstabe b	70,51
Buchstabe c	70,51
Abs. 2	
Buchstabe a	
Doppelbuchstabe bb	47,25
Buchstabe b und c	70,51
Nummer 30	23,01
Besoldungsgruppen	Fußnote
A 2	1 30,29
	2 17,73
	3 55,86
A 3	1, 5 55,86
	2 30,29
	7 28,22
A 4	1, 4 55,86
	2 30,29
	5 6,08
A 5	3 30,29
	4, 6 55,86
A 6	6 30,29
A 7	2 37,60
	5 50 v. H. des jeweiligen Unter- schiedsbetrages zum Grundgehalt der Besoldungs- gruppe A 8
A 8	2 48,47
A 9	2, 3, 6 225,50
	7 8 v. H. des Endgrund- gehalts der Besoldungs- gruppe A 9
A 12	7, 8 130,98
A 13	6 104,75
	7 157,12
	11, 12, 13 229,17
A 14	5 157,12
A 15	7 157,12
B 10	1 363,07

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil	
<b>Bundesbesoldungsordnung R</b>		
Vorbemerkungen		
Nummer 2		
Die Zulage beträgt	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungs- gruppe *)	
a) bei Verwendung		
bei obersten Gerichtshöfen des Bundes für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)		
R 1	R 1	
R 2 bis R 4	R 3	
R 5 bis R 7	R 6	
R 8 bis R 10	R 9	
b) bei Verwendung		
bei obersten Bundesbehörden oder bei obersten Gerichtshöfen des Bundes, wenn ihnen kein Richter- amt übertragen ist, für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)		
R 1	A 15	
R 2 bis R 4	B 3	
R 5 bis R 7	B 6	
R 8 bis R 10	B 9	
Nummer 4	38,35	
Besoldungsgruppen	Fußnote	
R 1	1, 2	173,71
R 2	3 bis 8, 10	173,71
R 3	3	173,71
R 8	2	347,36
*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091).		

Anhang 25 zu Art. 2 Nr. 3 BBVAnpG 2003/2004

Anlage VIII des BBesG

Gültig ab 1. April 2004

**Anwärtergrundbetrag**  
(Monatsbeträge in Euro)

Eingangsamt, in das der Anwärter nach Abschluß des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag
A 2 bis A 4	701,99
A 5 bis A 8	809,56
A 9 bis A 11	857,66
A 12	982,20
A 13	1010,52
A 13 + Zulage (Nummer 27 Abs. 1 Buchstabe c der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B) oder R 1	1041,64

Anhang 16 zu Art. 2 Nr. 3 BBVAmpG 2003/2004

## Anlage VI a des BBesG

## Auslandszuschlag ( § 55 Abs. 2)

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	870,26	1027,06	1185,96	1343,81	1502,71	1661,60	1818,40	1978,35	2134,10	2293,52	2451,90	2609,21
A 9	1023,38	1193,33	1362,21	1532,16	1703,16	1872,59	2042,55	2213,01	2382,44	2552,39	2721,81	2891,76
A 10	1154,91	1333,28	1509,02	1685,81	1862,06	2039,39	2215,64	2391,91	2567,64	2743,91	2921,22	3097,49
A 11	1257,52	1442,72	1626,35	1810,51	1994,66	2178,29	2362,97	2547,12	2731,80	2915,43	3099,59	3283,22
A 12	1400,11	1595,31	1789,98	1985,72	2180,39	2376,65	2571,32	2767,05	2961,73	3157,46	3353,19	3548,40
A 13 und C 1	1539,54	1743,16	1945,20	2148,30	2350,86	2553,97	2757,07	2959,63	3163,26	3365,29	3568,92	3771,49
A 14	1681,60	1891,53	2101,47	2311,94	2521,87	2732,33	2942,27	3151,68	3361,61	3572,08	3781,48	3990,90
A 15, C 2 und R 1	1878,91	2105,68	2332,46	2559,22	2786,00	3013,30	3239,54	3467,37	3694,15	3921,45	4148,22	4374,99
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1985,18	2223,54	2461,88	2699,71	2939,11	3176,41	3414,75	3653,11	3891,45	4130,33	4368,16	4605,98
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1985,18	2231,96	2481,35	2730,75	2980,16	3230,60	3480,00	3729,93	3979,32	4229,25	4478,65	4728,05
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	2186,19	2462,94	2739,70	3015,94	3292,68	3569,44	3845,68	4121,91	4399,20	4674,90	4951,14	5228,95
B 8 und höher, R 8 und höher	2341,93	2654,46	2965,95	3278,48	3590,50	3903,03	4216,09	4528,10	4840,65	5152,65	5465,19	5777,20

Gültig ab 1. April 2004

Anhang 17 zu Art. 2 Nr. 3 BBVAnpG 2003/2004

Gültig ab 1. April 2004

Anlage V1b des BBesG

## Auslandszuschlag (§ 55 Abs.3)

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	740,31	873,41	1007,58	1142,28	1278,04	1412,21	1545,85	1681,08	1814,18	1949,93	2084,11	2217,75
A 9	869,21	1014,43	1157,55	1302,25	1448,51	1592,15	1736,84	1881,54	2025,18	2169,87	2313,51	2457,15
A 10	981,81	1133,87	1283,30	1433,25	1583,74	1733,17	1883,64	2033,59	2181,97	2332,46	2483,46	2632,88
A 11	1069,15	1225,94	1382,21	1539,01	1695,80	1852,60	2008,86	2165,66	2321,41	2477,67	2635,00	2790,21
A 12	1189,11	1355,91	1521,64	1687,38	1854,18	2019,91	2185,14	2351,39	2518,18	2683,93	2850,19	3015,94
A 13 und C 1	1309,07	1481,66	1653,18	1826,28	1998,34	2170,93	2343,50	2515,56	2689,19	2860,71	3033,30	3205,87
A 14	1429,57	1607,94	1785,77	1965,73	2143,56	2321,93	2499,77	2678,67	2857,56	3035,92	3214,29	3392,13
A 15, C 2 und R 1	1596,89	1789,45	1982,04	2175,66	2369,29	2560,80	2753,38	2947,53	3140,63	3333,20	3525,78	3719,40
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1686,86	1889,43	2092,00	2295,10	2497,14	2699,71	2902,81	3104,85	3307,95	3511,57	3713,10	3915,65
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1686,86	1897,32	2109,37	2321,41	2532,92	2745,49	2958,05	3170,09	3382,14	3594,17	3806,22	4018,27
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1858,91	2093,05	2328,24	2563,44	2798,63	3033,82	3269,01	3504,20	3738,87	3974,59	4208,72	4444,45
B 8 und höher, R 8 und höher	1990,46	2256,17	2521,87	2787,05	3053,29	3317,42	3583,13	3848,31	4114,01	4379,20	4644,91	4910,63

Anhang 18 zu Art. 2 Nr. 3 BBV/AnpG 2003/2004

Gültig ab 1. April 2004

Anlage VIc des BBesG

## Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	609,82	718,73	830,80	940,77	1052,31	1162,81	1273,30	1384,84	1494,28	1605,82	1716,32	1826,82
A 9	716,11	834,48	953,40	1071,78	1192,80	1311,18	1430,09	1549,01	1667,92	1785,77	1905,22	2024,13
A 10	809,23	933,40	1056,51	1180,70	1303,82	1428,00	1551,11	1674,23	1798,41	1921,00	2044,12	2168,82
A 11	880,78	1009,18	1138,61	1267,51	1396,94	1524,80	1653,71	1782,62	1912,05	2039,91	2169,87	2298,25
A 12	979,71	1116,50	1252,78	1390,63	1526,38	1663,18	1800,51	1936,25	2073,06	2210,39	2347,18	2484,51
A 13 und C 1	1077,57	1219,63	1361,16	1503,23	1645,82	1787,35	1929,42	2071,48	2214,07	2355,60	2498,19	2639,73
A 14	1177,53	1324,33	1470,60	1617,40	1765,78	1912,58	2059,38	2206,17	2352,97	2499,77	2646,57	2793,90
A 15, C 2 und R 1	1314,87	1473,25	1632,67	1792,09	1950,47	2109,89	2268,27	2427,17	2586,07	2744,97	2903,86	3062,23
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1389,58	1556,37	1722,64	1889,43	2057,27	2224,07	2389,80	2557,12	2723,92	2891,76	3058,02	3224,30
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1389,58	1561,63	1736,84	1911,52	2086,21	2261,94	2435,58	2609,74	2784,95	2960,16	3134,32	3309,53
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1530,59	1723,69	1917,84	2111,47	2304,56	2498,19	2692,34	2885,44	3079,60	3272,17	3466,33	3660,47
B 8 und höher, R 8 und höher	1638,97	1857,86	2076,22	2295,10	2513,98	2732,86	2951,21	3170,09	3387,92	3606,81	3825,68	4044,04



Anhang 19 zu Art. 2 Nr. 3 BBVAmpG 2003/2004

Gültig ab 1. April 2004

Anlage VId des BBesG

Auslandszuschlag ( § 55 Abs.4)

> Unterkunft und Verpflegung <

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	426,72	503,53	580,89	658,75	736,62	813,97	890,79	969,70	1045,48	1124,40	1201,21	1279,09
A 9	500,90	584,03	667,17	750,29	834,48	917,61	1001,28	1084,41	1167,02	1250,15	1334,34	1415,89
A 10	566,67	653,48	739,79	826,07	912,88	999,70	1086,52	1172,80	1258,57	1344,33	1431,14	1517,44
A 11	615,60	707,16	796,60	887,11	977,08	1067,57	1157,55	1248,04	1338,54	1428,52	1518,49	1608,47
A 12	685,58	781,35	878,16	972,87	1068,62	1163,86	1260,14	1355,91	1451,67	1546,91	1642,65	1738,42
A 13 und C 1	753,98	853,43	952,87	1052,84	1151,76	1251,20	1351,18	1450,62	1550,06	1649,50	1748,94	1848,39
A 14	824,48	927,09	1029,69	1133,34	1235,94	1339,08	1441,67	1544,27	1646,87	1750,00	1853,13	1955,72
A 15, C 2 und R 1	920,77	1031,79	1142,81	1253,84	1364,85	1475,34	1587,94	1699,48	1809,98	1921,53	2032,54	2144,08
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	972,87	1089,67	1205,95	1322,23	1440,10	1556,37	1673,18	1789,98	1907,32	2024,13	2140,41	2256,69
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	972,87	1093,35	1215,95	1338,54	1460,08	1582,14	1705,81	1827,34	1949,93	2071,48	2195,13	2317,20
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1071,26	1206,48	1342,23	1477,98	1613,20	1748,94	1884,69	2019,91	2155,66	2290,88	2426,63	2561,33
B 8 und höher, R 8 und höher	1147,55	1300,13	1453,77	1606,35	1759,47	1912,58	2065,69	2218,28	2372,45	2524,50	2677,61	2831,25

Anhang 20 zu Art. 2 Nr. 3 BBVArtjG 2003/2004

Gültig ab 1. April 2004

## Anlage VIe des BBesG

## Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)

&gt; Unterkunft oder Verpflegung &lt;

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	518,26	610,87	706,10	799,23	893,93	988,13	1082,84	1177,53	1270,15	1364,85	1458,50	1553,21
A 9	608,76	709,78	810,80	911,84	1013,91	1113,87	1215,95	1316,45	1417,47	1518,49	1618,99	1720,01
A 10	687,16	792,92	897,62	1003,38	1108,09	1213,84	1318,03	1423,25	1527,43	1632,67	1738,42	1843,13
A 11	748,20	858,16	968,13	1077,57	1186,48	1295,92	1406,41	1515,33	1625,30	1734,74	1844,18	1953,63
A 12	832,91	949,19	1065,47	1181,23	1296,97	1413,26	1530,07	1645,82	1763,15	1878,91	1994,66	2111,47
A 13 und C 1	916,04	1037,06	1157,02	1278,57	1399,05	1519,01	1640,03	1761,04	1882,06	2002,56	2123,57	2244,06
A 14	1000,75	1126,50	1250,15	1375,38	1500,07	1625,82	1750,00	1874,69	1999,93	2125,15	2249,32	2375,59
A 15, C 2 und R 1	1117,55	1252,24	1387,47	1522,70	1658,45	1793,14	1927,84	2063,07	2198,29	2332,98	2468,20	2602,90
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1181,23	1322,23	1464,83	1606,35	1748,42	1889,96	2032,02	2173,56	2315,62	2457,15	2599,22	2740,75
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1181,23	1328,02	1475,34	1625,30	1773,14	1922,57	2070,42	2218,80	2368,23	2516,09	2664,46	2812,84
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1300,65	1465,35	1630,03	1794,73	1958,36	2124,10	2288,26	2452,94	2616,57	2781,80	2946,47	3111,16
B 8 und höher, R 8 und höher	1394,31	1579,00	1765,78	1950,99	2136,73	2322,45	2508,71	2694,45	2879,13	3065,40	3251,12	3437,91

Anhang 21 zu Art. 2 Nr. 3 BBVAnpG 2003/2004

## Anlage V1f des BBesG

Gültig ab 1. April 2004

## Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5)

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	964,45	1128,08	1290,14	1454,30	1614,77	1778,41	1942,05	2105,68	2268,27	2430,32	2592,90	2757,07
A 9	1129,65	1303,82	1480,07	1653,18	1827,88	2002,03	2176,18	2351,91	2526,08	2700,24	2875,97	3050,66
A 10	1277,51	1459,03	1640,03	1820,50	2001,50	2183,03	2364,01	2545,54	2727,60	2907,55	3089,07	3270,60
A 11	1390,63	1580,05	1770,52	1959,93	2150,40	2340,87	2530,29	2720,23	2910,70	3100,64	3291,11	3480,54
A 12	1545,85	1746,84	1947,30	2147,77	2348,24	2548,70	2749,17	2950,15	3150,63	3351,09	3551,55	3752,02
A 13 und C 1	1700,54	1909,95	2118,83	2328,24	2538,18	2746,54	2955,95	3165,88	3375,82	3584,18	3793,58	4004,05
A 14	1856,81	2072,54	2289,31	2505,56	2722,33	2939,64	3155,36	3371,62	3587,34	3804,11	4019,84	4237,67
A 15, C 2 und R 1	2075,17	2310,88	2546,07	2781,26	3015,94	3251,12	3486,84	3722,03	3957,23	4191,89	4426,03	4662,80
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	2200,91	2447,16	2694,45	2941,74	3186,93	3433,70	3679,41	3926,71	4172,95	4419,19	4666,49	4912,73
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	2201,44	2460,83	2719,70	2978,57	3237,45	3496,31	3755,70	4014,58	4273,45	4532,32	4791,72	5050,05
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	2454,53	2739,18	3023,29	3308,48	3593,12	3877,77	4162,42	4447,61	4731,73	5016,90	5301,56	5586,74
B 8 und höher, R 8 und höher	2647,10	2968,58	3290,58	3612,59	3934,08	4255,03	4577,56	4898,53	5220,01	5542,53		

Anhang 22 zu Art. 2 Nr. 3 BBVAnpG 2003/2004

Gültig ab 1. April 2004

Anlage Vig des BBesG

## Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5)

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	828,17	964,97	1103,87	1241,21	1379,59	1518,49	1655,82	1794,73	1933,10	2069,90	2209,33	2345,61
A 9	967,07	1113,87	1265,42	1412,74	1560,58	1708,96	1856,81	2004,13	2152,51	2301,41	2449,25	2597,63
A 10	1093,88	1249,62	1403,79	1559,53	1714,22	1867,86	2023,07	2176,71	2332,98	2487,14	2641,31	2797,05
A 11	1193,33	1354,86	1516,38	1678,44	1839,97	2002,03	2163,56	2326,14	2487,67	2649,20	2811,25	2973,31
A 12	1327,50	1496,92	1667,38	1837,34	2007,81	2177,24	2347,71	2518,18	2688,66	2858,09	3028,03	3197,98
A 13 und C 1	1460,61	1638,45	1815,77	1993,60	2171,98	2349,29	2526,61	2703,92	2882,82	3060,12	3237,45	3415,29
A 14	1593,72	1776,30	1959,93	2144,08	2327,72	2511,35	2694,97	2877,55	3061,71	3245,86	3428,96	3613,12
A 15, C 2 und R 1	1782,10	1981,51	2180,39	2380,33	2580,28	2779,69	2978,57	3177,46	3377,92	3577,34	3776,75	3975,64
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1890,48	2099,90	2308,78	2518,18	2727,07	2936,48	3144,84	3354,25	3563,13	3772,55	3981,44	4190,32
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1895,21	2114,62	2334,56	2554,49	2773,90	2993,83	3213,77	3433,70	3653,11	3873,57	4093,50	4312,39
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	2113,57	2355,08	2598,17	2839,66	3082,23	3323,21	3565,24	3807,27	4049,82	4291,86	4533,37	4775,93
B 8 und höher, R 8 und höher	2283,00	2555,54	2829,67	3101,70	3375,82	3648,37	3921,45	4194,52	4467,59	4740,15		

Anhang 23 zu Art. 2 Nr. 3 BBVAmpG 2003/2004

Gültig ab 1. April 2004

Anlage VII des BBesG

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5)

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	692,95	808,17	920,25	1034,43	1147,55	1260,68	1374,31	1487,97	1602,14	1715,27	1828,40	1942,05
A 9	810,80	933,40	1056,51	1177,53	1300,65	1423,78	1546,37	1670,55	1793,67	1916,27	2039,39	2162,51
A 10	917,09	1042,84	1170,17	1294,87	1421,67	1547,96	1674,76	1801,55	1927,31	2054,64	2179,34	2305,62
A 11	998,65	1133,34	1266,46	1400,11	1534,27	1667,38	1801,55	1934,15	2068,32	2201,97	2335,61	2469,78
A 12	1109,66	1250,67	1392,21	1532,69	1673,18	1813,66	1954,67	2094,62	2236,69	2377,18	2518,18	2658,14
A 13 und C 1	1222,79	1366,96	1513,23	1658,97	1804,72	1949,41	2094,10	2240,37	2385,60	2530,81	2676,56	2821,78
A 14	1335,39	1486,40	1636,35	1786,31	1937,31	2088,32	2239,32	2389,28	2540,81	2691,82	2841,77	2992,78
A 15, C 2 und R 1	1492,71	1657,92	1822,08	1986,78	2151,45	2316,67	2481,35	2646,04	2810,73	2975,42	3141,15	3305,32
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1584,79	1757,36	1929,42	2103,05	2275,11	2447,68	2621,31	2793,36	2965,95	3138,00	3312,16	3484,74
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1588,99	1770,52	1951,52	2132,51	2314,03	2495,04	2676,56	2857,56	3039,08	3220,08	3402,12	3582,61
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1775,78	1975,20	2173,56	2372,97	2571,32	2770,22	2968,58	3167,99	3366,35	3564,71	3764,13	3962,49
B 8 und höher, R 8 und höher	1921,00	2146,20	2372,97	2598,69	2823,88	3050,13	3275,85	3500,51	3727,29	3953,54		

Anhang 24 zu Art. 2 Nr. 3 BBVAmpG 2003/2004

Gültig ab 1. April 2004

Anlage VII des BBesG

**Auslandskinderzuschlag (§ 56)**

(Monatsbeträge in Euro je Kind)

Besoldungs- gruppe	nach § 56 Abs. 1 Nr. 1												nach § 56 Abs. 1 Nr. 2				
	Stufe des Auslandskinderzuschlags																
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12					
A 2 bis A 16																	
B 1 bis B 11	125,75	144,17	163,10	180,47	199,94	218,36	236,24	254,67	273,07	292,02	310,43	327,27					125,75

Anhang 27 zu Art. 3 Nr. 2 BBVAnpG 2003/2004

Anlage IV des BBesG

Gültig ab 1. August 2004

# 1. Bundesbesoldungsordnung A

## **Grundgehaltssätze** (Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	2-Jahres-Rhythmus						3-Jahres-Rhythmus						4-Jahres-Rhythmus					
	Stufe																	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12						
A 2	1474,59	1510,19	1545,81	1581,42	1617,03	1652,66	1688,28											
A 3	1536,09	1573,98	1611,87	1649,76	1687,67	1725,57	1763,47											
A 4	1570,97	1615,61	1660,20	1704,83	1749,44	1794,06	1838,66											
A 5	1583,67	1640,80	1685,19	1729,56	1773,96	1818,34	1862,73	1907,12										
A 6	1621,17	1669,91	1718,65	1767,38	1816,11	1864,85	1913,60	1962,33	2011,06									
A 7	1692,42	1736,22	1797,55	1858,87	1920,19	1981,52	2042,86	2086,64	2130,44	2174,26								
A 8		1798,45	1850,84	1929,43	2008,02	2086,60	2165,21	2217,60	2269,98	2322,39	2374,77							
A 9		1916,09	1967,65	2051,52	2135,39	2219,27	2303,15	2360,80	2418,48	2476,13	2533,80							
A 10		2064,60	2136,24	2243,69	2351,17	2458,63	2566,10	2637,74	2709,38	2781,01	2852,65							
A 11			2379,94	2490,05	2600,16	2710,28	2820,40	2893,81	2967,21	3040,64	3114,05	3187,45						
A 12			2559,52	2690,81	2822,08	2953,37	3084,65	3172,17	3259,68	3347,20	3434,74	3522,25						
A 13			2880,96	3022,73	3164,50	3306,26	3448,02	3542,53	3637,04	3731,55	3826,07	3920,58						
A 14			2998,41	3182,26	3366,09	3549,92	3733,76	3856,31	3978,87	4101,43	4223,99	4346,55						
A 15						3903,77	4105,89	4267,59	4429,28	4590,98	4752,68	4914,37						
A 16						4311,59	4545,34	4732,36	4919,38	5106,37	5293,38	5480,39						

Gültig ab 1. August 2004 (gilt im Jahr 2004 nicht für B 11)

## **2. Bundesbesoldungsordnung B**

### **Grundgehaltssätze** (Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	
B 1	4914,37
B 2	5716,99
B 3	6056,77
B 4	6412,65
B 5	6820,95
B 6	7206,51
B 7	7581,57
B 8	7972,48
B 9	8457,84
B 10	9965,09
B 11	10815,15



Gültig ab 1. August 2004

**3. Bundesbesoldungsordnung W**

**Grundgehaltsätze**  
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	W 1	W 2	W 3
	3405,34	3890,03	4723,61

Gültig ab 1. August 2004

**4. Bundesbesoldungsordnung R**

**Grundgehaltsätze**  
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49
R.1	3093,94	3235,71	3310,35	3502,86	3695,38	3887,89	4080,42	4272,94	4465,45	4657,98	4850,49	5043,02
R.2			3771,19	3963,71	4156,22	4348,75	4541,27	4733,79	4926,31	5118,81	5311,34	5503,83

R.3	6056,77
R.4	6412,65
R.5	6820,95
R.6	7206,51
R.7	7581,57
R.8	7972,48
R.9	8457,84
R.10	10394,78

## Anhang 28 zu Art. 3 Nr. 2 BBVAnpG 2003/2004

Gültig ab 1. August 2004

**Anlage V des BBesG****Familienzuschlag**  
(Monatsbeträge in Euro)

	<b>Stufe 1</b> (§ 40 Abs. 1)	<b>Stufe 2</b> (§ 40 Abs. 2)
Besoldungsgruppen A 2 bis A 8	100,24	190,29
übrige Besoldungsgruppen	105,28	195,33

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Familienzuschlag für das zweite zu berücksichtigende Kind um 90,05 Euro, für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 230,58 Euro.

**Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 5**

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich für das erste zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 5 um je 5,11 Euro, ab Stufe 3 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind

in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 3 um je 25,56 Euro,  
in der Besoldungsgruppe A 4 um je 20,45 Euro und  
in der Besoldungsgruppe A 5 um je 15,34 Euro.

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

**Anrechnungsbetrag nach § 39 Abs. 2 Satz 1**

- in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 8: 93,18 Euro
- in den Besoldungsgruppen A 9 bis A 12: 98,92 Euro

Gültig ab 1. August 2004

Anhang 39 zu Art. 3 Nr. 2 BBVAnpG 2003/2004

Anlage IX des BBesG

**Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen, Vergütungen**

(Monatsbeträge)

- in der Reihenfolge der Gesetzesstellen -

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil
<b>Bundesbesoldungsgesetz</b>		<b>Nummer 7</b>	
§ 44	bis zu 102,26	Die Zulage beträgt für	12,5 v. H. des
§ 48 Abs. 2	bis zu 102,26	Beamte und Soldaten der	Endgrundgehalts
§ 78	bis zu 76,69	Besoldungsgruppen	oder, bei festen
			Gehältern, des
			Grundgehalts der
			Besoldungsgruppe *)
<b>Bundesbesoldungsordnungen A und B</b>		A 2 bis A 5	A 5
<b>Vorbemerkungen</b>		A 6 bis A 9	A 9
Nummer 2 Abs. 2	127,82	A 10 bis A 13	A 13
Nummer 4	51,13	A 14, A 15, B 1	A 15
Nummer 4a	76,69	A 16, B 2 bis B 4	B 3
Nummer 5		B 5 bis B 7	B 6
Die Zulage beträgt für		B 8 bis B 10	B 9
Mannschaften,		B 11	B 11
Unteroffiziere/Beamte			
der Besoldungsgruppen A 5 und A 6	35,79	<b>Nummer 8</b>	
Unteroffiziere/Beamte		Die Zulage beträgt	
der Besoldungsgruppen A 7 bis A 9	51,13	für Beamte der Besoldungsgruppen	
Offiziere/Beamte des gehobenen		A 2 bis A 5	115,04
und höheren Dienstes	76,69	A 6 bis A 9	153,39
		A 10 und höher	191,73
Nummer 5a		<b>Nummer 8a</b>	
Abs. 1		die Zulage beträgt	
Buchstabe a	92,03	für Beamte der Besoldungsgruppen	
Buchstabe b	153,39	A 2 bis A 5	70,06
Buchstabe c	219,86	A 6 bis A 9	95,53
Abs. 2		A 10 bis A 13	117,82
Nr. 1 Buchstabe a	138,05	A 14 und höher	140,11
Buchstabe b	102,26	für Anwärter der Laufbahngruppe	
Nr. 2 Buchstabe a	102,26	des mittleren Dienstes	50,96
Buchstabe b	40,90	des gehobenen Dienstes	66,87
Nr. 3	66,47	des höheren Dienstes	82,80
Nr. 4 und 5	61,36	<b>Nummer 8b</b>	
Nr. 6 Buchstabe a	102,26	die Zulage beträgt	
Buchstabe b	102,26	für Beamte der Besoldungsgruppen	
Nr. 7 Buchstabe a	102,26	A 2 bis A 5	92,03
Buchstabe b	40,90	A 6 bis A 9	122,71
Nr. 8 Buchstabe a	127,82	A 10 bis A 13	153,39
Buchstabe b	66,47	A 14 und höher	184,07
Nr. 9	61,36	<b>Nummer 9</b>	
Nummer 6 Abs. 1		Die Zulage beträgt	
Buchstabe a	460,16	nach einer Dienstzeit	
Buchstabe b	368,13	von einem Jahr	63,69
Buchstabe c	294,50	von zwei Jahren	127,38
Nummer 6 a	102,26		

\*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091).

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil
Nummer 9a	
Abs. 1	
Buchstabe a	102,26
Buchstabe b	204,52
Buchstabe c	153,39
Abs. 2	
Buchstabe a	40,90
Buchstabe b	51,13
Nummer 10 Abs. 1	
Die Zulage beträgt	
nach einer Dienstzeit	
von einem Jahr	63,69
von zwei Jahren	127,38
Nummer 12	95,53
Nummer 13a	bis zu 76,69
Nummer 13c	
Die Zulage beträgt	
für Beamte der Besoldungsgruppen	
A 2 bis A 7	46,02
A 8 bis A 11	61,36
A 12 bis A 15	71,58
A 16 und höher	92,03
Nummer 13d	
Die Zulage beträgt	
für Beamte der Besoldungsgruppen	
A 2 und A 3	12,78
A 4 bis A 6	17,90
A 7 bis A 10	35,79
A 11	40,90
A 12 bis A 15	48,57
A 16 bis B 4	58,80
B 5 bis B 7	71,58
Nummer 19 Satz 1	211,55
Nummer 21	177,48
Nummer 25	38,35
Nummer 26 Abs. 1	
Die Zulage beträgt für Beamte	
des mittleren Dienstes	17,05
des gehobenen Dienstes	38,35

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil
Nummer 27	
Abs. 1	
Buchstabe a	
Doppelbuchstabe aa	16,38
Doppelbuchstabe bb	64,08
Buchstabe b	71,22
Buchstabe c	71,22
Abs. 2	
Buchstabe a	
Doppelbuchstabe bb	47,72
Buchstabe b und c	71,22
Nummer 30	23,01
Besoldungsgruppen	Fußnote
A 2	1 30,59
	2 17,73
	3 56,42
A 3	1, 5 56,42
	2 30,59
	7 28,50
A 4	1, 4 56,42
	2 30,59
	5 6,14
A 5	3 30,59
	4, 6 56,42
A 6	6 30,59
A 7	2 37,98
	5 50 v. H. des jeweiligen Unter- schiedsbetrages zum Grundgehalt der Besoldungs- gruppe A 8
A 8	2 48,95
A 9	2, 3, 6 227,76
	7 8 v. H. des Endgrund- gehalts der Besoldungs- gruppe A 9
A 12	7, 8 132,29
A 13	6 105,80
	7 158,69
	11, 12, 13 231,46
A 14	5 158,69
A 15	7 158,69
B 10	1 366,70

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil	
<b>Bundesbesoldungsordnung R</b>		
Vorbemerkungen		
Nummer 2		
Die Zulage beträgt	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungs- gruppe *)	
a) bei Verwendung		
bei obersten Gerichtshöfen des Bundes für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)		
R 1	R 1	
R 2 bis R 4	R 3	
R 5 bis R 7	R 6	
R 8 bis R 10	R 9	
b) bei Verwendung		
bei obersten Bundesbehörden oder bei obersten Gerichtshöfen des Bundes, wenn ihnen kein Richter- amt übertragen ist, für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)		
R 1	A 15	
R 2 bis R 4	B 3	
R 5 bis R 7	B 6	
R 8 bis R 10	B 9	
Nummer 4		38,35
Besoldungsgruppen	Fußnote	
R 1	1, 2	175,45
R 2	3 bis 8, 10	175,45
R 3	3	175,45
R 8	2	350,83
*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091).		

Anhang 38 zu Art. 3 Nr. 2 BBVAmpG 2003/2004

**Anlage VIII des BBesG**

Gültig ab 1. August 2004

**Anwärtergrundbetrag**  
(Monatsbeträge inEuro)

Eingangsamt, in das der Anwärter nach Abschluß des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag
A 2 bis A 4	709,01
A 5 bis A 8	817,66
A 9 bis A 11	866,24
A 12	992,02
A 13	1020,63
A 13 + Zulage (Nummer 27 Abs. 1 Buchstabe c der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B) oder R 1	1052,06

Anhang 29 zu Art. 3 Nr. 2 BBVAmpG 2003/2004

Gültig ab 1. August 2004

## Anlage VI a des BBesG

## Auslandszuschlag ( § 55 Abs. 2)

(Monatsbeiträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	877,66	1035,79	1196,04	1355,23	1515,48	1675,72	1833,86	1995,17	2152,24	2313,01	2472,74	2631,39
A 9	1032,08	1203,47	1373,79	1545,18	1717,64	1888,51	2059,91	2231,82	2402,69	2574,09	2744,95	2916,34
A 10	1164,73	1344,61	1521,85	1700,14	1877,89	2056,72	2234,47	2412,24	2589,46	2767,23	2946,05	3123,82
A 11	1268,21	1454,98	1640,17	1825,90	2011,61	2196,81	2383,06	2568,77	2755,02	2940,21	3125,94	3311,13
A 12	1412,01	1608,87	1805,19	2002,60	2198,92	2396,85	2593,18	2790,57	2986,90	3184,30	3381,69	3578,56
A 13 und C 1	1552,63	1757,98	1961,73	2166,56	2370,84	2575,68	2780,51	2984,79	3190,15	3393,89	3599,26	3803,55
A 14	1695,89	1907,61	2119,33	2331,59	2543,31	2755,55	2967,28	3178,47	3390,18	3602,44	3813,62	4024,82
A 15, C 2 und R 1	1894,88	2123,58	2352,29	2580,97	2809,68	3038,91	3267,08	3496,84	3725,55	3954,78	4183,48	4412,18
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	2002,05	2242,44	2482,81	2722,66	2964,09	3203,41	3443,78	3684,16	3924,53	4165,44	4405,29	4645,13
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	2002,05	2250,93	2502,44	2753,96	3005,49	3258,06	3509,58	3761,63	4013,14	4265,20	4516,72	4768,24
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	2204,77	2483,87	2762,99	3041,58	3320,67	3599,78	3878,37	4156,95	4436,59	4714,64	4993,22	5273,40
B 8 und höher, R 8 und höher	2361,84	2677,02	2991,16	3306,35	3621,02	3936,21	4251,93	4566,59	4881,80	5196,45	5511,64	5826,31

Anhang 30 zu Art. 3 Nr. 2 BBVAmpG 2003/2004

Gültig ab 1. August 2004

## Anlage VIb des BBesG

## Auslandszuschlag (§ 55 Abs.3)

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	746,60	880,83	1016,14	1151,99	1288,90	1424,21	1558,99	1695,37	1829,60	1966,50	2101,82	2236,60
A 9	876,60	1023,05	1167,39	1313,32	1460,82	1605,68	1751,60	1897,53	2042,39	2188,31	2333,17	2478,04
A 10	990,16	1143,51	1294,21	1445,43	1597,20	1747,90	1899,65	2050,88	2200,52	2352,29	2504,57	2655,26
A 11	1078,24	1236,36	1393,96	1552,09	1710,21	1868,35	2025,94	2184,07	2341,14	2498,73	2657,40	2813,93
A 12	1199,22	1367,44	1534,57	1701,72	1869,94	2037,08	2203,71	2371,38	2539,58	2706,74	2874,42	3041,58
A 13 und C 1	1320,20	1494,25	1667,23	1841,80	2015,33	2189,38	2363,42	2536,94	2712,05	2885,03	3059,08	3233,12
A 14	1441,72	1621,61	1800,95	1982,44	2161,78	2341,67	2521,02	2701,44	2881,85	3061,73	3241,61	3420,96
A 15, C 2 und R 1	1610,46	1804,66	1998,89	2194,15	2389,43	2582,57	2776,78	2972,58	3167,33	3361,53	3555,75	3751,01
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1701,20	1905,49	2109,78	2314,61	2518,37	2722,66	2927,48	3131,24	3336,07	3541,42	3744,66	3948,93
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1701,20	1913,45	2127,30	2341,14	2554,45	2768,83	2983,19	3197,04	3410,89	3624,72	3838,57	4052,43
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1874,71	2110,84	2348,03	2585,23	2822,42	3059,61	3296,80	3533,99	3770,65	4008,37	4244,49	4482,23
B 8 und höher, R 8 und höher	2007,38	2275,35	2543,31	2810,74	3079,24	3345,62	3613,59	3881,02	4148,98	4416,42	4684,39	4952,37



Anhang 31 zu Art. 3 Nr. 2 BBVAmpG 2003/2004

Gültig ab 1. August 2004

## Anlage VIc des BBesG

## Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	615,00	724,84	837,86	948,77	1061,25	1172,69	1284,12	1396,61	1506,98	1619,47	1730,91	1842,35
A 9	722,20	841,57	961,50	1080,89	1202,94	1322,33	1442,25	1562,18	1682,10	1800,95	1921,41	2041,34
A 10	816,11	941,33	1065,49	1190,74	1314,90	1440,14	1564,29	1688,46	1813,70	1937,33	2061,50	2187,25
A 11	888,27	1017,76	1148,29	1278,28	1408,81	1537,76	1667,77	1797,77	1928,30	2057,25	2188,31	2317,79
A 12	988,04	1125,99	1263,43	1402,45	1539,35	1677,32	1815,81	1952,71	2090,68	2229,18	2367,13	2505,63
A 13 und C 1	1086,73	1230,00	1372,73	1516,01	1659,81	1802,54	1945,82	2089,09	2232,89	2375,62	2519,42	2662,17
A 14	1187,54	1335,59	1483,10	1631,15	1780,79	1928,84	2076,88	2224,92	2372,97	2521,02	2669,07	2817,65
A 15, C 2 und R 1	1326,05	1485,77	1646,55	1807,32	1967,05	2127,82	2287,55	2447,80	2608,05	2768,30	2928,54	3088,26
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1401,39	1569,60	1737,28	1905,49	2074,76	2242,97	2410,11	2578,86	2747,07	2916,34	3084,01	3251,71
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1401,39	1574,90	1751,60	1927,77	2103,94	2281,17	2456,28	2631,92	2808,62	2985,32	3160,96	3337,66
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1543,60	1738,34	1934,14	2129,42	2324,15	2519,42	2715,22	2909,97	3105,78	3299,98	3495,79	3691,58
B 8 und höher, R 8 und höher	1652,90	1873,65	2093,87	2314,61	2535,35	2756,09	2976,30	3197,04	3416,72	3637,47	3858,20	4078,41

Anhang 32 zu Art. 3 Nr. 2 BBVAmpG 2003/2004

Gültig ab 1. August 2004

## Anlage VId des BBesG

## Auslandszuschlag ( § 55 Abs.4)

&gt; Unterkunft und Verpflegung &lt;

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	430,35	507,81	585,83	664,35	742,88	820,89	898,36	977,94	1054,37	1133,96	1211,42	1289,96
A 9	505,16	588,99	672,84	756,67	841,57	925,41	1009,79	1093,63	1176,94	1260,78	1345,68	1427,93
A 10	571,49	659,03	746,08	833,09	920,64	1008,20	1095,76	1182,77	1269,27	1355,76	1443,30	1530,34
A 11	620,83	713,17	803,37	894,65	985,39	1076,64	1167,39	1258,65	1349,92	1440,66	1531,40	1622,14
A 12	691,41	787,99	885,62	981,14	1077,70	1173,75	1270,85	1367,44	1464,01	1560,06	1656,61	1753,20
A 13 und C 1	760,39	860,68	960,97	1061,79	1161,55	1261,84	1362,67	1462,95	1563,24	1663,52	1763,81	1864,10
A 14	831,49	934,97	1038,44	1142,97	1246,45	1350,46	1453,92	1557,40	1660,87	1764,88	1868,88	1972,34
A 15, C 2 und R 1	928,60	1040,56	1152,52	1264,50	1376,45	1487,88	1601,44	1713,93	1825,36	1937,86	2049,82	2162,30
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	981,14	1098,93	1216,20	1333,47	1452,34	1569,60	1687,40	1805,19	1923,53	2041,34	2158,60	2275,87
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	981,14	1102,64	1226,29	1349,92	1472,49	1595,59	1720,31	1842,87	1966,50	2089,09	2213,79	2336,90
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1080,37	1216,74	1353,64	1490,54	1626,91	1763,81	1900,71	2037,08	2173,98	2310,35	2447,26	2583,10
B 8 und höher, R 8 und höher	1157,30	1311,18	1466,13	1620,00	1774,43	1928,84	2083,25	2237,14	2392,62	2545,96	2700,37	2855,32

Anhang 33 zu Art. 3 Nr. 2 BBVAnpG 2003/2004

Gültig ab 1. August 2004

**Anlage VIIe des BBesG**

**Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)**

> Unterkunft oder Verpflegung <

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	522,67	616,06	712,10	806,02	901,53	996,53	1092,04	1187,54	1280,95	1376,45	1470,90	1566,41
A 9	613,93	715,81	817,69	919,59	1022,53	1123,34	1226,29	1327,64	1429,52	1531,40	1632,75	1734,63
A 10	693,00	799,66	905,25	1011,91	1117,51	1224,16	1329,23	1435,35	1540,41	1646,55	1753,20	1858,80
A 11	754,56	865,45	976,36	1086,73	1196,57	1306,94	1418,36	1528,21	1639,12	1749,49	1859,86	1970,24
A 12	839,99	957,26	1074,53	1191,27	1307,99	1425,27	1543,08	1659,81	1778,14	1894,88	2011,61	2129,42
A 13 und C 1	923,83	1045,88	1166,85	1289,44	1410,94	1531,92	1653,97	1776,01	1898,06	2019,58	2141,62	2263,13
A 14	1009,26	1136,08	1260,78	1387,07	1512,82	1639,64	1764,88	1890,62	2016,93	2143,21	2268,44	2395,78
A 15, C 2 und R 1	1127,05	1262,88	1399,26	1535,64	1672,55	1808,38	1944,23	2080,61	2216,98	2352,81	2489,18	2625,02
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1191,27	1333,47	1477,28	1620,00	1763,28	1906,02	2049,29	2192,04	2335,30	2478,04	2621,31	2764,05
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1191,27	1339,31	1487,88	1639,12	1788,21	1938,91	2088,02	2237,66	2388,36	2537,48	2687,11	2836,75
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1311,71	1477,81	1643,89	1809,99	1975,01	2142,15	2307,71	2473,79	2638,81	2805,45	2971,51	3137,60
B 8 und höher, R 8 und höher	1406,16	1592,42	1780,79	1967,57	2154,89	2342,19	2530,03	2717,35	2903,60	3091,46	3278,75	3467,13

Anhang 34 zu Art. 3 Nr. 2 BBVAnpG 2003/2004

Gültig ab 1. August 2004

## Anlage Vif des BBesG

## Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5)

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	972,65	1137,67	1301,11	1466,66	1628,50	1793,53	1958,56	2123,58	2287,55	2450,98	2614,94	2780,51
A 9	1139,25	1314,90	1492,65	1667,23	1843,42	2019,05	2194,68	2371,90	2547,55	2723,19	2900,42	3076,59
A 10	1288,37	1471,43	1653,97	1835,97	2018,51	2201,59	2384,10	2567,18	2750,78	2932,26	3115,33	3298,40
A 11	1402,45	1593,48	1785,57	1976,59	2168,68	2360,77	2551,80	2743,35	2935,44	3127,00	3319,08	3510,12
A 12	1558,99	1761,69	1963,85	2166,03	2368,20	2570,36	2772,54	2975,23	3177,41	3379,57	3581,74	3783,91
A 13 und C 1	1714,99	1926,18	2136,84	2348,03	2559,75	2769,89	2981,08	3192,79	3404,51	3614,65	3825,83	4038,08
A 14	1872,59	2090,16	2308,77	2526,86	2745,47	2964,63	3182,18	3400,28	3617,83	3836,44	4054,01	4273,69
A 15, C 2 und R 1	2092,81	2330,52	2567,71	2804,90	3041,58	3278,75	3516,48	3753,67	3990,87	4227,52	4463,65	4702,43
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	2219,62	2467,96	2717,35	2966,74	3214,02	3462,89	3710,68	3960,09	4208,42	4456,75	4706,16	4954,49
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	2220,15	2481,75	2742,82	3003,89	3264,97	3526,03	3787,62	4048,70	4309,77	4570,84	4832,45	5092,98
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	2475,39	2762,46	3048,99	3336,60	3623,66	3910,73	4197,80	4485,41	4771,95	5059,54	5346,62	5634,23
B 8 und höher, R 8 und höher	2669,60	2993,81	3318,55	3643,30	3967,52	4291,20	4616,47	4940,17	5264,38	5589,64		

Anhang 35 zu Art. 3 Nr. 2 BBVAnpG 2003/2004

Gültig ab 1. August 2004

## Anlage Vlg des BBesG

## Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5)

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	835,21	973,17	1113,25	1251,76	1391,32	1531,40	1669,89	1809,99	1949,53	2087,49	2228,11	2365,55
A 9	975,29	1123,34	1276,18	1424,75	1573,84	1723,49	1872,59	2021,17	2170,81	2320,97	2470,07	2619,71
A 10	1103,18	1260,24	1415,72	1572,79	1728,79	1883,74	2040,27	2195,21	2352,81	2508,28	2663,76	2820,82
A 11	1203,47	1366,38	1529,27	1692,71	1855,61	2019,05	2181,95	2345,91	2508,82	2671,72	2835,15	2998,58
A 12	1338,78	1509,64	1681,55	1852,96	2024,88	2195,75	2367,67	2539,58	2711,51	2882,38	3053,77	3225,16
A 13 und C 1	1473,03	1652,38	1831,20	2010,55	2190,44	2369,26	2548,09	2726,90	2907,32	3086,13	3264,97	3444,32
A 14	1607,27	1791,40	1976,59	2162,30	2347,51	2532,70	2717,88	2902,01	3087,73	3273,45	3458,11	3643,83
A 15, C 2 und R 1	1797,25	1998,35	2198,92	2400,56	2602,21	2803,32	3003,89	3204,47	3406,63	3607,75	3808,85	4009,43
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1906,55	2117,75	2328,40	2539,58	2750,25	2961,44	3171,57	3382,76	3593,42	3804,62	4015,28	4225,94
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1911,32	2132,59	2354,40	2576,20	2797,48	3019,28	3241,09	3462,89	3684,16	3906,50	4128,29	4349,05
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	2131,54	2375,10	2620,25	2863,80	3108,43	3351,46	3595,54	3839,63	4084,24	4328,34	4571,90	4816,53
B 8 und höher, R 8 und höher	2302,41	2577,26	2853,72	3128,06	3404,51	3679,38	3954,78	4230,17	4505,56	4780,44		

Anhang 36 zu Art. 3 Nr. 2 BBVAmpG 2003/2004

Gültig ab 1. August 2004

Anlage VIh des BBesG

## Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5)

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	698,84	815,04	928,07	1043,22	1157,30	1271,40	1385,99	1500,62	1615,76	1729,85	1843,94	1958,56
A 9	817,69	941,33	1065,49	1187,54	1311,71	1435,88	1559,51	1684,75	1808,92	1932,56	2056,72	2180,89
A 10	924,89	1051,70	1180,12	1305,88	1433,75	1561,12	1689,00	1816,86	1943,69	2072,10	2197,86	2325,22
A 11	1007,14	1142,97	1277,22	1412,01	1547,31	1681,55	1816,86	1950,59	2085,90	2220,69	2355,46	2490,77
A 12	1119,09	1261,30	1404,04	1545,72	1687,40	1829,08	1971,28	2112,42	2255,70	2397,39	2539,58	2680,73
A 13 und C 1	1233,18	1378,58	1526,09	1673,07	1820,06	1965,98	2111,90	2259,41	2405,88	2552,32	2699,31	2845,77
A 14	1346,74	1499,03	1650,26	1801,49	1953,78	2106,07	2258,35	2409,59	2562,41	2714,70	2865,93	3018,22
A 15, C 2 und R 1	1505,40	1672,01	1837,57	2003,67	2169,74	2336,36	2502,44	2668,53	2834,62	3000,71	3167,85	3333,42
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1598,26	1772,30	1945,82	2120,93	2294,45	2468,49	2643,59	2817,10	2991,16	3164,67	3340,31	3514,36
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1602,50	1785,57	1968,11	2150,64	2333,70	2516,25	2699,31	2881,85	3064,91	3247,45	3431,04	3613,06
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1790,87	1991,99	2192,04	2393,14	2593,18	2793,77	2993,81	3194,92	3394,96	3595,01	3796,13	3996,17
B 8 und höher, R 8 und höher	1937,33	2164,44	2393,14	2620,78	2847,88	3076,06	3303,69	3530,26	3758,97	3987,15		

Anhang 37 zu Art. 3 Nr. 2 BBVAmpG 2003/2004

Gültig ab 1. August 2004

Anlage VII des BBesG

**Auslandskinderzuschlag (§ 56)**

(Monatsbeträge in Euro je Kind)

Besoldungs- gruppe	nach § 56 Abs. 1 Nr. 1												nach § 56 Abs. 1 Nr. 2				
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12					
A 2 bis A 16																	
B 1 bis B 11	126,82	145,40	164,49	182,00	201,64	220,22	238,25	256,83	275,39	294,50	313,07	330,05	126,82				

## Begründung

### I. Allgemeines

Die Dienst- und Versorgungsbezüge sind zuletzt mit Wirkung vom 1. Januar 2001 bzw. 1. Januar 2002 durch das Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 2000 vom 19. April 2001 (BGBl. I S. 618) angepasst worden.

Ausgehend vom Tarifergebnis für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes vom 9. Januar 2003 sieht der Gesetzentwurf eine Anpassung der Besoldungs- und Versorgungsbezüge an die Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse (vgl. § 14 des Bundesbesoldungsgesetzes und § 70 des Beamtenversorgungsgesetzes) vor.

Dazu sollen die Dienstbezüge inhaltsgleich zum Tarifergebnis in den Jahren 2003 und 2004 in drei Stufen linear um insgesamt 4,4 Prozent angehoben werden. Entsprechend den für den Tarifbereich vereinbarten prozentualen Erhöhungen werden die Dienstbezüge in einem ersten Schritt zunächst um 2,4 Prozent angehoben (für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 11 und für Anwärterinnen und Anwärter zum 1. April 2003, für die übrigen Besoldungsgruppen zum 1. Juli 2003) und im Jahr 2004 in zwei weiteren Stufen zum 1. April 2004 und 1. August 2004 nochmals um jeweils ein Prozent erhöht.

Die Grundgehaltssätze aus der Besoldungsgruppe B 11 nehmen an den Besoldungs- und Versorgungsanpassungen in den Jahren 2003 und 2004 nicht teil. Hiermit wird die von der Bundesregierung beschlossene „Nullrunde“ für die Mitglieder der Bundesregierung sowie für die parlamentarischen und beamteten Staatssekretärinnen und Staatssekretäre im Rahmen der Agenda 2010 umgesetzt. Zusätzlich zu den fortwirkenden Nichtanpassungen aus den Jahren 1992 bis 1994 wird dadurch ein weiterer deutlicher Sparbeitrag geleistet. In den Jahren 2003 und 2004 führt die Nichtanpassung unter Berücksichtigung der Steigerung der Lebenshaltungskosten zu realen Einkommenseinbußen. Die Nichtanpassung der Grundgehaltssätze aus der Besoldungsgruppe B 11 hat zugleich auch Auswirkungen auf alle Empfängerinnen und Empfänger von Dienst- und Versorgungsbezügen sowie Amtsbezügen, die kraft eigenen Rechts an die Besoldungsgruppe B 11 anknüpfen. Die Erhöhungen für die Jahre 2003 und 2004 werden zum 1. Januar 2005 wirksam.

Eine Verminderung der Erhöhungssätze um 0,2 Prozent zum Aufbau der Versorgungsrücklage – wie sie § 14a Abs. 2 Satz 1 des Bundesbesoldungsgesetzes für allgemeine Bezügeanpassungen festlegt – findet nicht statt. Nach § 14a Abs. 2a des Bundesbesoldungsgesetzes ist für die auf den 31. Dezember 2002 folgenden acht allgemeinen Anpassungen der weitere Aufbau der Versorgungsrücklage ausgesetzt, um den Beamtinnen und Beamten die Teilnahme am Aufbau einer zusätzlichen privaten und staatlich geforderten Altersvorsorge zu erleichtern. Dafür wird den Versorgungsrücklagen beim Bund und bei den Ländern die Hälfte der durch das Versorgungsänderungsgesetz 2001 erzielten Einsparungen zugeführt (§ 14a Abs. 3 des Bundesbesoldungsgesetzes). Unabhängig davon sind aufgrund der Besol-

dungs- und Versorgungsanpassungsgesetze 1999 und 2000 weitere Zuführungen zu leisten (§ 14a Abs. 2a Satz 2 des Bundesbesoldungsgesetzes).

Die prozentualen Erhöhungen sollen ebenfalls Grundlage für die allgemeinen Anpassungen der Versorgungsbezüge sein. Nach dem Versorgungsänderungsgesetz 2001 ist das Versorgungsniveau ab dem Jahr 2003 in acht gleichen Schritten von jeweils rund 0,54 Prozent um insgesamt 4,33 Prozent abzusenken. Die Absenkung wird dadurch erreicht, dass die linear angepassten ruhegehaltfähigen Dienstbezüge jeweils mit einem Anpassungsfaktor vervielfältigt werden mit der Folge, dass die lineare Erhöhung für die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger nicht in vollem Umfang wirksam wird. Die vorgesehenen drei Erhöhungen in 2003 und 2004 sind jeweils eigene lineare Anpassungen in diesem Sinne. Die Versorgungsbezüge erhöhen sich damit um rund 1,86 Prozent im Jahr 2003 und zweimal jeweils um rund 0,46 Prozent im Jahr 2004.

Die Erhöhungszeitpunkte werden gegenüber dem Tarifergebnis um jeweils drei Monate verschoben, um die im Tarifbereich vereinbarten Entlastungen nachzuvollziehen.

Zusätzlich zu den linearen Anpassungen erhalten alle Empfängerinnen und Empfänger von Dienst- und Versorgungsbezügen im Jahr 2003 eine Einmalzahlung in Höhe von 7,5 Prozent der Bezüge des Monats März 2003, höchstens 185 Euro, und im Jahr 2004 in Höhe von 50 Euro. Für die Beschäftigten in den neuen Ländern findet § 2 der Zweiten Besoldungs-Übergangsverordnung Anwendung.

Auch im Bereich der Ostbesoldung enthält der Gesetzentwurf in folgenden Punkten eine inhalts- und zeitgleiche Übertragung des Tarifergebnisses für den öffentlichen Dienst vom 9. Januar 2003:

- Anhebung des Bemessungssatzes für Bezügeempfängerinnen und -empfänger in den ostdeutschen Ländern nach der Zweiten Besoldungs-Übergangsverordnung in zwei weiteren Schritten auf 91 Prozent zum 1. Januar 2003 und auf 92,5 Prozent zum 1. Januar 2004.
- Festschreibung der weiteren Angleichung des Bemessungssatzes bis spätestens 31. Dezember 2007 für die Besoldungsgruppen bis A 9, für die übrigen Besoldungsgruppen bis 31. Dezember 2009 sowie letztmalige Verlängerung der zum Jahresende 2005 auslaufenden besoldungs- und versorgungsrechtlichen Ermächtigungen für Übergangsregelungen in den neuen Ländern bis zum 31. Dezember 2009. Die Verlängerung orientiert sich an der Zielsetzung des Tarifabschlusses, die Angleichung bis spätestens 31. Dezember 2009 abzuschließen.
- Verlängerung der Festschreibung der jährlichen Sonderzuwendung (Weihnachtsgeld) auf dem Niveau 1993; die Regelung, die bereits im Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 1996/1997 getroffen wurde, bleibt bestehen.

Im Übrigen enthält der Gesetzentwurf eine klarstellende Regelung, dass der Altersteilzeitzuschlag nur gewährt wird,



wenn der Umfang der Altersteilzeitarbeit mindestens die Hälfte der bisherigen Arbeitszeit beträgt.

Der Gesetzentwurf ist erstmalig als reines Änderungsgesetz zu besoldungs- und versorgungsrechtlichen Gesetzen konzipiert. Mit dieser in anderen Rechtsbereichen allgemein üblichen Gesetzgebungstechnik soll aus Gründen der Rechtsvereinfachung und -klarheit der fortlaufenden Schaffung weiteren Stammrechts im Besoldungs- und Versorgungsrecht entgegengewirkt werden. Dazu werden die Tatbestände der allgemeinen Anpassungen von Besoldung und Versorgung nicht mehr – wie bisher – durch eigenständiges neues Stammrecht geregelt, sondern in das bereits vorhandene jeweilige Stammrecht des Bundesbesoldungsgesetzes und des Beamtenversorgungsgesetzes eingestellt. Hierdurch wird der Zugang zu geltendem Recht sowie seine Übersichtlichkeit und Lesbarkeit verbessert. Durch die gleichzeitige Übernahme von Sondertatbeständen („fortgeltendes Recht“) als Übergangsrecht in das Stammrecht sind vor allem bei künftigen Anpassungen von Besoldung und Versorgung umfassende Wiederholungen der einzelnen Bestimmungen entbehrlich.

Der Bund hat die Gesetzgebungskompetenz nach Artikel 73 Nr. 8 des Grundgesetzes und, soweit ihm nicht die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz zusteht, nach Artikel 74a Abs. 1 des Grundgesetzes. In diesem Bereich steht dem Bund die Gesetzgebungskompetenz zu, soweit eine bundesgesetzliche Regelung zur Wahrung der Rechtseinheit (Artikel 72 Abs. 2 Alternative 2 des Grundgesetzes) erforderlich ist. Diese Voraussetzung ist für den Kernbereich des Besoldungsrechts, zu dem die regelmäßige Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge zählt, gegeben. Nur durch eine bundesgesetzliche Regelung wird eine einheitliche Angleichung der Beamtenbesoldung erreicht.

## II. Zu den einzelnen Vorschriften

### Zu Artikel 1 (Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes für das Jahr 2003)

#### Zu Nummer 1

Redaktionelle Anpassung.

#### Zu Nummer 2 (§ 14)

##### § 14 Abs. 2 – neu –

Der neu angefügte Absatz 2 bestimmt die prozentualen Erhöhungssätze und Erhöhungszeitpunkte für allgemeine Besoldungsanpassungen.

In Umsetzung des Tarifergebnisses vom 9. Januar 2003 erhöhen sich die Beträge der in der Anlage IV ausgewiesenen Grundgehaltssätze (Bundesbesoldungsordnungen A, B, W und R), die Beträge des Familienzuschlages gemäß Anlage V einschließlich des in Artikel 12 § 4 des Sechsten Besoldungsänderungsgesetzes vom 14. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3702) ausgewiesenen Erhöhungsbetrages, die Amtszulagen in Anlage IX sowie die in Anlage VIII ausgewiesenen Anwärtergrundbeträge um 2,4 Prozent. Wie in den vergangenen Jahren ist die allgemeine Stellenzulage nach Vorbemerkung Nummer 27 zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B in die Linearanpassung einbezogen.

Die Erhöhungszeitpunkte werden – wie im Tarifbereich – zeitlich nach Besoldungsgruppen gestaffelt. Mit dem Ziel einer wirkungsgleichen Übertragung der tarifvertraglich vereinbarten Kompensationsmaßnahmen werden die dort vereinbarten Erhöhungszeitpunkte jeweils um drei Monate verschoben: Für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 11 sowie für Anwärterinnen und Anwärter gilt die Erhöhung ab 1. April 2003, für die übrigen Besoldungsgruppen mit Ausnahme der Besoldungsgruppe B 11 ab 1. Juli 2003.

Der Grundgehaltssatz der Besoldungsgruppe B 11 ist in den Jahren 2003 und 2004 von der Bezügeanpassung auszunehmen. Hiermit wird die von der Bundesregierung beschlossene „Nullrunde“ für die Mitglieder der Bundesregierung sowie für die parlamentarischen und beamteten Staatssekretärinnen und Staatssekretäre im Rahmen der Agenda 2010 umgesetzt. Zusätzlich zu den fortwirkenden Nichtanpassungen aus den Jahren 1992 bis 1994 wird dadurch ein weiterer deutlicher Sparbeitrag geleistet. In den Jahren 2003 und 2004 führt die Nichtanpassung unter Berücksichtigung der Steigerung der Lebenshaltungskosten zu realen Einkommenseinbußen. Die Nichtanpassung der Grundgehaltssätze aus der Besoldungsgruppe B 11 hat zugleich Auswirkungen auf alle Empfängerinnen und Empfänger von Dienst- und Versorgungsbezügen sowie Amtsbezügen, die kraft eigenen Rechts an die Besoldungsgruppe B 11 anknüpfen. Die Erhöhung für das Jahr 2003 wird zum 1. Januar 2005 wirksam.

Eine Verminderung der Erhöhungssätze um 0,2 Prozent zum Aufbau der Versorgungsrücklage nach § 14a Abs. 2 des Bundesbesoldungsgesetzes – wie bei den vergangenen drei Besoldungsanpassungen – findet nicht statt. Nach § 14a Abs. 2a des Bundesbesoldungsgesetzes ist sie für die auf den 31. Dezember 2002 folgenden acht allgemeinen Anpassungen für die Empfängerinnen und Empfänger sowohl von Dienst- als auch von Versorgungsbezügen ausgesetzt. Dafür wird den Versorgungsrücklagen bei Bund und Ländern gemäß § 14a Abs. 3 des Bundesbesoldungsgesetzes die Hälfte der durch das Versorgungsänderungsgesetz 2001 erzielten Einsparungen zugeführt (siehe Begründung zu Artikel 4 Nr. 2 zu § 71 Abs. 1 des Beamtenversorgungsgesetzes).

##### § 14 Abs. 3 – neu –

Der neu angefügte Absatz 3 regelt die Erhöhungssätze und -zeitpunkte für die Beträge des Auslandszuschlages in den verschiedenen Stufen sowie des Auslandskinderzuschlages. Der gegenüber der linearen Erhöhung nach Absatz 2 Satz 1 verminderte Anpassungssatz für diese Zuschläge entspricht der Verfahrensweise bei den letzten allgemeinen Besoldungsanpassungen; er berücksichtigt pauschalierend, dass Auslandsdienstbezüge auch immaterielle Belastungen abgeben und steuerfreie Bezüge teile enthalten.

#### Zu Nummer 3 (§ 73 Satz 1)

Mit der Vorschrift wird die Ermächtigung der Bundesregierung, aus Anlass der Herstellung der Einheit Deutschlands durch Rechtsverordnungen besoldungsrechtliche Übergangsregelungen zu erlassen, auf den 31. Dezember 2009 verlängert. Die Überleitungsregelungen werden über das Jahr 2005 hinaus benötigt, um auch künftig den Gleichklang im Verhältnis zum Tarifbereich des öffentlichen Dienstes in der Frage des Bemessungssatzes beibehalten zu können. Die Verlängerung bis zum 31. Dezember 2009 orientiert sich an der Zielsetzung des Tarifabschlusses vom 9. Januar

2003, die Angleichung bis zum genannten Zeitpunkt abzuschließen.

#### **Zu Nummer 4** (§ 77 Abs. 5 – neu –)

Mit dem Professorenbesoldungsreformgesetz vom 16. Februar 2002 (BGBl. I S. 686) wurde die Bundesbesoldungsordnung C aufgehoben und durch die Bundesbesoldungsordnung W ersetzt. Nach der Übergangsvorschrift des § 77 Abs. 2 des Bundesbesoldungsgesetzes gilt die Bundesbesoldungsordnung C in der bis zum 22. Februar 2002 geltenden Fassung des Bundesbesoldungsgesetzes für Professorinnen und Professoren, die von der Möglichkeit eines Wechsels in die Bundesbesoldungsordnung W keinen Gebrauch machen wollen, unbefristet fort. Die Grundgehaltssätze der fortgeltenden Bundesbesoldungsordnung C nehmen kraft Gesetzes (§ 77 Abs. 2 des Bundesbesoldungsgesetzes) an den regelmäßigen Anpassungen der Besoldung nach § 14 teil. Nach dem neu angefügten Absatz 5 sind die fortgeschriebenen Grundgehaltssätze, die nicht mehr Bestandteil des Bundesbesoldungsgesetzes sind, jeweils im Bundesgesetzblatt bekannt zu machen. Dies dient der Wahrung der Rechtssicherheit und Einheitlichkeit in der Besoldung: Es ist davon auszugehen, dass bundesweit noch über einen langen Zeitraum eine Vielzahl von Besoldungsempfängerinnen und -empfängern nach der fortgeltenden Bundesbesoldungsordnung C besoldet wird.

#### **Zu Nummer 5** (§§ 84 und 85 – neu –)

##### **§ 84**

##### **§ 84 Abs. 1**

Die Vorschrift regelt die Anpassung für Besoldungsbestandteile aus fortgeltenden bundes- bzw. landesrechtlichen Vorschriften mit Ausnahme der ebenfalls fortgeltenden, aber hinsichtlich der Anpassung bereits in § 77 abschließend geregelten Bundesbesoldungsordnung C. Ständiger Praxis folgend werden diese zum gleichen Zeitpunkt und mit dem gleichen Erhöhungssatz angepasst wie die in § 14 Abs. 2 des Bundesbesoldungsgesetzes bezeichneten Bezügebestandteile. Die Verweisung auf verschiedene Gesetze dient der Vereinfachung. Nicht von der Anlage IX des Bundesbesoldungsgesetzes erfasste Amts- bzw. Stellenzulagen sind, soweit deren Einbeziehung in regelmäßige Besoldungsanpassungen gesetzlich geregelt ist, gesondert aufgeführt. Die Berechnung und Rundung erfolgen nach geltendem Recht entsprechend § 3 Abs. 7 des Bundesbesoldungsgesetzes.

##### **§ 84 Abs. 2**

Siehe Begründung zu § 84 Abs. 1.

##### **§ 85**

Durch den neu eingefügten § 85 wird die im Tarifabschluss vom 9. Januar 2003 vereinbarte Einmalzahlung im Jahr 2003 im Besoldungsrecht inhaltsgleich übertragen.

##### **§ 85 Abs. 1**

Absatz 1 regelt den Kreis der Anspruchsberechtigten, den Basismonat für die Bemessung der Einmalzahlung sowie den Höchstbetrag der Einmalzahlung in inhaltsgleicher Umsetzung des Tarifergebnisses. Die gegenüber der tariflichen Vereinbarung abweichenden Monatsangaben bei der Festlegung der Anspruchsberechtigung (April/Mai 2003) und beim Basismonat (März 2003, d. h. der Monat vor der ers-

ten Anpassung) folgen aus der zeitlichen Verschiebung der Erhöhungszeitpunkte um drei Monate.

Die Empfängerinnen und Empfänger von Bezügen aus der Besoldungsgruppe B 11 sind aufgrund der von der Bundesregierung beschlossenen „Nullrunde“ für die Mitglieder der Bundesregierung sowie für die parlamentarischen und beamteten Staatssekretärinnen und Staatssekretäre im Rahmen der Agenda 2010 von der Einmalzahlung auszunehmen.

##### **§ 85 Abs. 2**

Absatz 2 bestimmt die Berechnungsgrundlagen entsprechend den tarifvertraglichen Vereinbarungen.

##### **§ 85 Abs. 3**

Absatz 3 stellt sicher, dass bei im Monat März 2003 teilzeitbeschäftigten Bezügeempfängerinnen und -empfängern die Berechnung der jeweils zustehenden Einmalzahlung entsprechend der anteilig geleisteten Arbeitszeit erfolgt.

##### **§ 85 Abs. 4**

Die Regelung dient der Klarstellung in Konkurrenzfällen.

##### **§ 85 Abs. 5**

Absatz 5 regelt die Einmalzahlung für Anwärterinnen und Anwärter entsprechend den tarifvertraglichen Vereinbarungen.

#### **Zu Nummer 6** (Anlagen IV, V, VIa bis VII, VIII und IX)

Die Anlagen IV, V, VIa bis VII, VIII und IX enthalten die gemäß Nummer 2 (§ 14 Abs. 2 und 3) angepassten Beträge. Sie sind Bestandteil des Bundesbesoldungsgesetzes.

In den Betrag des Familienzuschlags für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind (Anlage V) ist der um 2,4 Prozent erhöhte Erhöhungsbetrag zum Familienzuschlag nach Artikel 12 § 4 des Sechsten Besoldungsänderungsgesetzes eingeflossen; Artikel 12 § 4 des Sechsten Besoldungsänderungsgesetzes wird mit Wirksamwerden der zeitlich gestaffelten Anpassung außer Kraft gesetzt (siehe Begründung zu den Artikeln 8 und 15 Abs. 7).

#### **Zu Artikel 2** (Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes für das Jahr 2004)

##### **Zu Nummer 1** (§ 14 Abs. 2 und 3)

##### **Buchstabe a – § 14 Abs. 2**

Lineare Anpassung der ausgewiesenen Bezüge zum 1. April 2004 um 1,0 Prozent. Die Anpassung wird – wie im Tarifbereich – für alle Besoldungsgruppen mit Ausnahme der Besoldungsgruppe B 11 zum gleichen Zeitpunkt wirksam. Der Grundgehaltssatz der Besoldungsgruppe B 11 ist auch im Jahr 2004 von der Bezügeanpassung auszunehmen. Auf die weitere Begründung zu Artikel 1 Nr. 2 wird insoweit verwiesen. Die Erhöhung wird zum 1. Januar 2005 wirksam.

##### **Buchstabe b – § 14 Abs. 3**

Lineare Anpassung des Auslandszuschlags und Auslands-kinderzuschlags zum 1. April 2004 um 0,85 Prozent. Die Anpassung wird – wie im Tarifbereich – für alle Besoldungsgruppen zum gleichen Zeitpunkt wirksam. Wegen des

gegenüber § 14 Abs. 2 abgeminderten Anpassungssatzes wird auf die Begründung zu Artikel 1 Nr. 2 verwiesen.

#### **Zu Nummer 2** (§ 85)

Wirkungsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses vom 9. Januar 2003 in Bezug auf die dort vereinbarte Einmalzahlung im Jahr 2004.

Die Empfängerinnen und Empfänger von Bezügen aus der Besoldungsgruppe B 11 sind aufgrund der von der Bundesregierung beschlossenen „Nullrunde“ für die Mitglieder der Bundesregierung sowie für die parlamentarischen und beamteten Staatssekretärinnen und Staatssekretäre im Rahmen der Agenda 2010 von der Einmalzahlung auszunehmen.

#### **Zu Nummer 3** (Anlagen IV, V, VIa bis VIi, VIII und IX)

Die Anlagen IV, V, VIa bis VIi, VIII und IX enthalten die zum 1. April 2004 angepassten Beträge. Sie ersetzen die entsprechenden Anlagen gemäß Artikel 1 Nr. 6.

#### **Zu Artikel 3** (Weitere Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes für das Jahr 2004)

##### **Zu Nummer 1** (§ 14 Abs. 2 und 3)

Weitere lineare Anpassung der Bezüge, des Auslandszuschlags und des Auslandskinderzuschlags zum 1. August 2004. Übernahme des Tarifabschlusses vom 9. Januar 2003. Der Grundgehaltssatz der Besoldungsgruppe B 11 ist auch im Jahr 2004 von der Bezügeanpassung auszunehmen. Auf die weitere Begründung zu Artikel 1 Nr. 2 wird insoweit verwiesen. Die Erhöhung wird zum 1. Januar 2005 wirksam.

##### **Zu Nummer 2** (Anlagen IV, V, VIa bis VIi, VIII und IX)

Die Anlagen IV, V, VIa bis VIi, VIII und IX enthalten die zum 1. August 2004 angepassten Beträge. Sie ersetzen die entsprechenden Anlagen gemäß Artikel 2 Nr. 3.

#### **Zu Artikel 4** (Änderung des Beamtenversorgungsgesetzes)

##### **Zu Nummer 1** (Inhaltübersicht)

Redaktionelle Änderungen aus Anlass dieses Gesetzes.

##### **Zu Nummer 2** (§§ 71 bis 73 – neu –)

###### **§ 71 Abs. 1**

Absatz 1 enthält die Anpassung der Versorgungsbezüge – auch aus der weggefallenen Besoldungsgruppe A 1, aber unter Ausnahme der Versorgungsbezüge aus der Besoldungsgruppe B 11 – entsprechend den Regelungen in Artikel 1 Nr. 2 und 5 dieses Gesetzes (§ 14 Abs. 2 und § 84 des Bundesbesoldungsgesetzes). Die dort vorgenommenen prozentualen Erhöhungen sind ebenfalls Grundlage für die allgemeine Anpassung der Versorgungsbezüge. Nach der durch das Versorgungsänderungsgesetz 2001 in das Beamtenversorgungsgesetz eingefügten Regelung des § 69e ist das Versorgungsniveau ab dem Jahr 2003 in acht gleichen Schritten von jeweils rund 0,54 Prozent um insgesamt 4,33 Prozent abzusenken. Die Absenkung wird dadurch

erreicht, dass die linear angepassten ruhegehaltfähigen Dienstbezüge jeweils mit einem Anpassungsfaktor vervielfältigt werden mit der Folge, dass die lineare Erhöhung für die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger nicht in vollem Umfang wirksam wird. Bei den 2003 und 2004 vorgesehenen drei Erhöhungsschritten handelt es sich jeweils um eigenständige lineare Erhöhungen, auf die in jedem Fall der Anpassungsfaktor anzuwenden ist. Angesichts des langen Zeitraums der Erhöhungen entspricht dies auch dem Sinn und Zweck des Bemessungsfaktors, nämlich das Versorgungsniveau schrittweise und schonend herabsetzen. Die Versorgungsbezüge erhöhen sich damit im Jahr 2003 um rund 1,86 Prozent. Die Hälfte der hierdurch erzielten Einsparungen wird den Versorgungsrücklagen von Bund und Ländern zugeführt (§ 14a Abs. 3 des Bundesbesoldungsgesetzes). Für diesen Zeitraum entfällt auch die Bezügeminderung zum Aufbau der Versorgungsrücklage um jeweils 0,2 Prozent (§ 14a Abs. 2a des Bundesbesoldungsgesetzes).

###### **§ 71 Abs. 2**

Die unter Absatz 2 fallenden Versorgungsbezüge werden ständiger Praxis folgend um den durchschnittlichen Prozentsatz der allgemeinen Erhöhung der Dienstbezüge angehoben.

###### **§ 71 Abs. 3**

Absatz 3 beinhaltet Übergangsregelungen für Versorgungsempfängerinnen und -empfänger, deren Versorgungsbezug zum Zeitpunkt des Eintritts in den Ruhestand keine allgemeine Stellenzulage zugrunde lag.

###### **§ 72**

###### **§ 72 Abs. 1**

Entsprechend den Regelungen in Artikel 1 Nr. 5 (§ 85 des Bundesbesoldungsgesetzes) regelt Absatz 1 die Einmalzahlung für Empfängerinnen und Empfänger von Versorgungsbezügen nach Maßgabe des jeweiligen Ruhegehalts- und Anteilssatzes.

###### **§ 72 Abs. 2**

Regelung für Empfängerinnen und Empfänger von Versorgungsbezügen gemäß § 2 Nr. 2 der Beamtenversorgungs-Übergangsverordnung.

###### **§ 72 Abs. 3**

Für den in Absatz 3 genannten Personenkreis gilt eine pauschalierende Regelung für die Einmalzahlung.

###### **§ 72 Abs. 4**

Absatz 4 regelt ergänzende Klarstellungen insbesondere im Hinblick auf Empfängerinnen und Empfänger von Mindestversorgung.

###### **§ 73**

Mit der Regelung soll sichergestellt werden, dass die einmalige Zahlung jeder und jedem Berechtigten nur einmal gewährt wird.

#### **Zu Nummer 3** (§ 107a)

Folgeänderung zu Artikel 1 Nr. 3 dieses Gesetzes.

**Zu Artikel 5** (Änderung des Beamtenversorgungsgesetzes für das Jahr 2004)

**Zu den Nummern 1 bis 3** (Inhaltsübersicht, §§ 71 und 72)  
Folgeänderungen zu Artikel 2 dieses Gesetzes.

**Zu Artikel 6** (Weitere Änderung des Beamtenversorgungsgesetzes für das Jahr 2004)

**Zu den Nummern 1 und 2 (§ 71 Abs. 2 und 3)**  
Folgeänderungen zu Artikel 3 dieses Gesetzes.

**Zu Artikel 7** (Änderung des Soldatenversorgungsgesetzes)**Zu Nummer 1** (§ 89b)

Auf die Begründung zu Artikel 4 Nr. 2 und zu den Artikeln 5 und 6 wird verwiesen.

**Zu Nummer 2** (§ 92a)

Auf die Begründung zu Artikel 4 Nr. 3 wird verwiesen.

**Zu Artikel 8** (Änderung des Sechsten Besoldungsänderungsgesetzes)

Durch Artikel 12 § 4 des Sechsten Besoldungsänderungsgesetzes wurde der Familienzuschlag nach Anlage V des Bundesbesoldungsgesetzes für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind zeitlich unbefristet erhöht. Der Erhöhungsbetrag ist durch Artikel 1 Nr. 6 des vorliegenden Gesetzes unmittelbar in die Beträge zum Familienzuschlag eingeflossen. Wegen der zeitlichen Staffelung des Wirksamwerdens der linearen Besoldungsanpassung im Jahr 2003 ist Artikel 12 § 4 des Sechsten Besoldungsänderungsgesetzes zunächst um einen Satz zu ergänzen, der es im Weiteren ermöglicht, diesen Teil des Sechsten Besoldungsänderungsgesetzes mit Wirksamwerden der zeitlich gestaffelten Anpassung außer Kraft zu setzen. Dies geschieht durch Artikel 15 Abs. 7 des vorliegenden Gesetzes.

**Zu Artikel 9** (Änderung der Altersteilzeitzuschlagsverordnung)

Die Regelung dient der Klarstellung und greift eine Bitte der Länder auf. Sie bestimmt, dass ein Altersteilzeitzuschlag nur gewährt werden kann, wenn der Umfang der Altersteilzeitarbeit mindestens die Hälfte der bisherigen Arbeitszeit beträgt. Für den Arbeitnehmerbereich wird diese Voraussetzung bereits im Altersteilzeitgesetz [Artikel 1 des Gesetzes zur Förderung eines gleitenden Übergangs in den Ruhestand vom 23. Juli 1996 (BGBl. I S. 1078)] festgelegt. Auch bei der Regelung des Altersteilzeitzuschlags ist dieses Mindestmaß für die Arbeitszeit zugrunde gelegt worden, wie es z. B. für Bundesbeamtinnen und -beamte in § 72b des Bundesbeamtengesetzes auch statusrechtlich vorgegeben ist. Für Beamtinnen und Beamte sind im Regelfall auch verfassungsrechtliche Grenzen für den Umfang einer Teilzeitbeschäftigung zu berücksichtigen. Vor allem aber muss durch den Umfang der Mindestarbeitszeit bei einer Altersteilzeitbeschäftigung eine faktische Vorruhestandsregelung vermieden werden.

**Zu Artikel 10** (Änderung der Erschwerniszulagenverordnung)

Übertragung des Tarifergebnisses durch Erhöhung der vergleichbaren Besoldungsleistungen. Mit Blick auf die Geringfügigkeit der Beträge und aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung wird die prozentuale Erhöhung von insgesamt 4,4 Prozent in den Jahren 2003 und 2004 in einem Schritt vorgenommen. Durch den Anpassungszeitpunkt 1. April 2004 werden im Ergebnis die Erhöhungen im Vergleich zu Tarifbeschäftigten wirkungsgleich übertragen.

**Zu Artikel 11** (Änderung der Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für Beamte)

Auf die Begründung zu Artikel 10 wird sinngemäß verwiesen.

**Zu Artikel 12** (Änderung der Zweiten Besoldungs-Übergangsverordnung)**Zu Nummer 1** (§ 2 Abs. 1 Satz 1)

Zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Ergebnisses der Tarifverhandlungen vom 9. Januar 2003 zur weiteren Angleichung des Bemessungssatzes Ost.

**Zu Nummer 2** (§ 11 – neu –)

Wirkungsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses in Bezug auf die dort vereinbarten Einmalzahlungen in den Jahren 2003 und 2004 für die vom Anwendungsbereich der Zweiten Besoldungs-Übergangsverordnung erfassten Besoldungsempfängerinnen und -empfänger.

Bei Zugrundelegung des bis zum 31. Dezember 2002 maßgeblichen Bemessungssatzes für die Einmalzahlung im Jahr 2003 beträgt der Höchstsatz 166,50 Euro (90 Prozent von 185 Euro).

Die Einmalzahlung im November 2004 beträgt bei Zugrundelegung des ab dem 1. Januar 2004 maßgeblichen Bemessungssatzes 46,25 Euro (92,5 Prozent von 50 Euro).

Für die von der Zweiten Besoldungs-Übergangsverordnung erfassten Anwärterinnen und Anwärter beträgt der Höchstsatz für die Einmalzahlung im Jahr 2003 58,50 Euro (90 Prozent von 65 Euro), 2004 werden 27,75 Euro (92,5 Prozent von 30 Euro) gezahlt.

**Zu Nummer 3** (§ 12 Abs. 2)

Mit dem neu angefügten Absatz 2 wird die nicht kündbare tarifliche Vereinbarung vom 9. Januar 2003, wonach die Angleichung für die Vergütungsgruppen X bis Vb bis zum 31. Dezember 2007 abzuschließen ist, für die entsprechenden Besoldungsgruppen übernommen. Danach ist die Bestimmung zur Bemessung der Dienstbezüge nach § 2 der Zweiten Besoldungs-Übergangsverordnung bis zur Besoldungsgruppe A 9 längstens bis zum Jahresende 2007 anzuwenden. Für die übrigen Besoldungsgruppen tritt die Verordnung mit Ablauf des 31. Dezember 2009 außer Kraft (vgl. § 14 Abs. 3 der Zweiten Besoldungs-Übergangsverordnung).

**Zu Nummer 4** (§ 14 Abs. 3)

Folgerregelung zu Artikel 1 Nr. 3 (§ 73 Satz 1 des Bundesbesoldungsgesetzes).

**Zu Artikel 13** (Bekanntmachungserlaubnisse)

Ermächtigung zur Neubekanntmachung des Bundesbesoldungsgesetzes, des Beamtenversorgungsgesetzes, der Altersteilzeitzuschlagsverordnung, der Erschwerniszulagenverordnung, der Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für Beamte sowie der Zweiten Besoldungs-Übergangsverordnung.

**Zu Artikel 14** (Rückkehr zum einheitlichen Verordnungsrang)

Die Vorschrift erneuert die ursprüngliche Ermächtigung zum Erlass von Rechtsverordnungen und bezieht die durch dieses Gesetz geänderten Teile der genannten Rechtsverordnungen in die ursprüngliche Ermächtigungsnorm ein.

**Zu Artikel 15** (Inkrafttreten, Außerkrafttreten)

Die Vorschrift regelt das Inkrafttreten bzw. das Außerkrafttreten.

Mit Absatz 6 wird Artikel 12 § 4 des Sechsten Besoldungsänderungsgesetzes außer Kraft gesetzt, weil der dort ausgewiesene Erhöhungsbetrag zum Familienzuschlag in die Anlage V eingeflossen ist (s. Begründung zu Artikel 1 Nr. 6 und zu Artikel 8).

### III. Stellungnahme der Gewerkschaften im Rahmen des Beteiligungsverfahrens

Die Gewerkschaften begrüßen einhellig die Übernahme der tariflich vereinbarten prozentualen Erhöhungen für die Bezügeanpassungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter, Soldatinnen und Soldaten sowie der Versorgungsempfängerinnen und -empfänger. Erfreulich sei auch, dass alle Empfängerinnen und Empfänger von Dienst- und Versorgungsbezügen einschließlich der Anwärtnerinnen und Anwärtner die tariflich vereinbarten Einmalzahlungen erhalten sollen.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), der Deutsche Beamtenbund (DBB), der Deutsche Richterbund (DRiB), der Bund Deutscher Verwaltungsrichter und Verwaltungsrichterrinnen (BDVR) sowie der Christliche Gewerkschaftsbund und der Deutsche Bundeswehrverband (DBwV) kritisieren übereinstimmend die zeitlichen Verschiebungen der Anpassungsschritte um jeweils drei Monate. Die Verschiebung der Erhöhungszeitpunkte um drei Monate zur Kompensation der tariflich vereinbarten Entlastungsmaßnahmen sei nicht gerechtfertigt, weil die Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter, Soldatinnen und Soldaten und Versorgungsempfängerinnen und -empfänger in der Vergangenheit bereits erhebliche Vorleistungen erbracht haben. DGB, DBB und DBwV verweisen in diesem Zusammenhang auf die mit dem Dienstrechtsreformgesetz 1997 im Beamtenbereich vorgenommene Streckung der Dienstaltersstufen.

Der DGB weist hilfsweise darauf hin, dass bei einer Verschiebung des Anpassungszeitpunktes im Jahr 2003 zumindest die Erhöhungen für das Jahr 2004 zeitgleich übertragen

werden sollen. Der DBwV kritisiert zudem die Schnittstelle der gespaltenen Besoldungsanpassung im Jahr 2003 für die Besoldungsgruppen A 11 (zum 1. April 2003) und A 12 (zum 1. Juli 2003) und fordert die Einbeziehung der Besoldungsgruppe A 12 in den ersten Anpassungsschritt.

Von allen Gewerkschaften einhellig begrüßt wird die inhalts- und zeitgleiche Erhöhung des Bemessungssatzes Ost in den neuen Ländern. Überwiegend positiv hervorgehoben wird ferner die Festschreibung der weiteren Angleichung des Bemessungssatzes bis spätestens Ende 2007 bzw. Ende 2009.

DBB und DRiB fordern die Bundesregierung weitergehend auf, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den neuen Ländern nicht nur eine Perspektive für einen Endzeitpunkt aufzuzeigen, sondern bereits jetzt die weiteren Anpassungsschritte der Ostangleichung verbindlich gesetzlich festzuschreiben. Der DBwV lehnt die Verlängerung der Ermächtigung für die besoldungs- und versorgungsrechtlichen Übergangsregelungen für die neuen Länder ab und fordert einen Sonderweg für die Soldatinnen und Soldaten.

DBB und DRiB weisen darauf hin, dass die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger durch den Nachvollzug der drei Anpassungsschritte in besonderem Maße belastet werden, da die linearen Erhöhungen unter Berücksichtigung des Versorgungsänderungsgesetzes 2001 insgesamt drei Mal verringert werden. Sie fordern die Bundesregierung auf, die Anpassungsschritte zumindest für das Jahr 2004 (DRiB) zusammenzufassen.

Die Verbände fordern die Bundesregierung auf, gleichzeitig mit der Beschlussfassung über den Gesetzentwurf Abschlagszahlungen auf die vorgesehenen Bezügeverbesserungen zu billigen.

Die Bundesregierung betont demgegenüber, dass mit den vorgeschlagenen Erhöhungen für die Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter, Soldatinnen und Soldaten sowie die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger das Tarifiergebnis für die Bediensteten des öffentlichen Dienstes vom 9. Januar 2003 inhalts- und wirkungsgleich übertragen wird. Der Gesetzentwurf stellt sicher, dass auch die Beamtinnen und Beamten und Versorgungsempfängerinnen und -empfänger an der allgemeinen Einkommensentwicklung teilnehmen.

Bezogen auf die Jahre 2003 und 2004 werden die Dienstbezüge in drei Stufen um insgesamt 4,4 % linear angehoben. Diese prozentualen Erhöhungen sind ebenfalls Grundlage der allgemeinen Anpassungen der Versorgungsbezüge. Zusätzlich erhalten alle Empfängerinnen und Empfänger von Dienst- und von Versorgungsbezügen die tariflich vereinbarten Einmalzahlungen in 2003 und 2004. Am Gleichklang der Erhöhung für die Aktiven wie für die Pensionäre wird unverändert festgehalten. Die Anknüpfung an die prozentuale Erhöhung des Tarifiergebnisses sichert zudem langfristige für alle Statusgruppen im öffentlichen Dienst eine gleichgerichtete Entwicklung der Bezüge und stärkt die Einheit des öffentlichen Dienstes.

Die zeitlichen Verschiebungen der Erhöhungen um jeweils drei Monate sind erforderlich, um die tariflichen Entlastungsmaßnahmen nachzuvollziehen. Damit hält sich das Entlastungsvolumen im Beamtenbereich im gleichen Rahmen wie im Tarifbereich. Maßnahmen aus den vergangenen

Jahren, die in anderem Zusammenhang erfolgt sind, können hierbei nicht berücksichtigt werden.

Die im Entwurf vorgesehene Festschreibung der weiteren Angleichung des Bemessungssatzes Ost bis spätestens 2007

bzw. 2009 entspricht den Vereinbarungen und Zielsetzungen des Tarifabschlusses und setzt insoweit ein wichtiges politisches Signal.

## IV. Kosten

### 1. Der Gesetzentwurf führt in den Jahren 2003 und 2004 zu nachstehenden Mehrausgaben für die öffentlichen Haushalte:

	Haushaltsjahr 2003	Haushaltsjahr 2004
	in Mio. €	in Mio. €
<b>1. Bund (ohne Post und BEV)</b>		
1.1 Besoldungsanpassung	155	338
1.2 Versorgungsanpassung	66	131
1.3 Einmalzahlung Besoldungsempfänger/-in	48	16
1.4 Einmalzahlung Versorgungsempfänger/-in	25	8
1.5 Bemessungssatz Ost	18	44
1.6 Versorgungsrücklage *)	10	32
1.7 Insgesamt	322	569
<b>2. Länder</b>		
2.1 Besoldungsanpassung	672	1733
2.2 Versorgungsanpassung	166	366
2.3 Einmalzahlung Besoldungsempfänger/-in	190	56
2.4 Einmalzahlung Versorgungsempfänger/-in	53	16
2.5 Bemessungssatz Ost	57	142
2.6 Versorgungsrücklage *)	24	90
2.7 Insgesamt	1162	2403
<b>3. Gemeinden</b>		
3.1 Besoldungsanpassung	94	220
3.2 Versorgungsanpassung	42	87
3.3 Einmalzahlung Besoldungsempfänger/-in	28	8
3.4 Einmalzahlung Versorgungsempfänger/-in	11	3
3.5 Bemessungssatz Ost	7	17
3.6 Versorgungsrücklage *)	6	21
3.7 Insgesamt	188	356
<b>4. Sonstige (Sozialversicherungsträger im Bundes- und Landesbereich)</b>		
4.1 Besoldungsanpassung	25	73
4.2 Versorgungsanpassung	8	22
4.3 Einmalzahlung Besoldungsempfänger/-in	8	2
4.4 Einmalzahlung Versorgungsempfänger/-in	3	1
4.5 Bemessungssatz Ost	geringfügig	geringfügig
4.6 Versorgungsrücklage *)	1	5
4.7 Insgesamt	45	103
<b>5. Gesamtkosten</b>		
5.1 Besoldungsanpassung	946	2364
5.2 Versorgungsanpassung	282	606
5.3 Einmalzahlung Besoldungsempfänger/-in	274	82
5.4 Einmalzahlung Versorgungsempfänger/-in	92	28
5.5 Bemessungssatz Ost	82	203
5.6 Versorgungsrücklage *)	41	148
5.7 Insgesamt	1717	3431

\*) entsprechend § 14a Abs. 3 des Bundesbesoldungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. August 2002 (BGBl. I S. 3020)

## **2. Preiswirkungsklausel**

Die vorgesehenen Einkommensanhebungen werden keine wesentlichen Änderungen von Angebots- und Nachfragestrukturen zur Folge haben, die Auswirkungen auf Einzelpreise und Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, haben könnten.

Zur Durchführung des Gesetzes wird zusätzliches Personal bei Bund, Ländern und Gemeinden nicht benötigt.

Für die Wirtschaft, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, entstehen keine zusätzlichen Kosten.

## Stellungnahme des Bundesrates

Der Bundesrat hat in seiner 789. Sitzung am 20. Juni 2003 beschlossen, zu dem Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes wie folgt Stellung zu nehmen:

1. **Zu Artikel 1 Nr. 2 Buchstabe b, Nr. 5**  
(§ 14 Abs. 2 und 5, §§ 84, 85 BBesG 2003)

**Zu Artikel 2 Nr. 2** (§ 85 BBesG 2004)

**Zu Artikel 4 Nr. 2** (§§ 71, 72 BeamtVG)

**Zu Artikel 5 Nr. 3** (§ 72 BeamtVG 2004)

Der Bundesrat bittet, im weiteren Gesetzgebungsverfahren sicherzustellen, dass die Ämter der den Spitzenbeamten des Bundes vergleichbaren Beamten in den Ländern (Staatssekretäre und Ministerialdirektoren) in die für die Jahre 2003 und 2004 vorgesehene Nichtanpassung einbezogen werden.

2. **Zu Artikel 8a – neu** – (Länderöffnungsklausel)

**Zu Artikel 15 Abs. 2** (Inkrafttreten)

- a) Nach Artikel 8 ist folgender Artikel 8a einzufügen:

„Artikel 8a

Länderöffnungsklausel

Durch Landesrecht können abweichend von den Artikeln 1 und 4 die Zeitpunkte für die linearen Bezügeanpassungen um bis zu drei Monate später festgesetzt werden. Die Abweichung kann sich auf die in den Artikeln 1 und 4 genannten Besoldungsgruppen insgesamt oder auf Teile davon beziehen. Soweit ein Land hiervon Gebrauch macht, werden die in Artikel 8 genannten Befristungen und der in Artikel 15 Abs. 6 genannte Außerkrafttretenszeitpunkt entsprechend hinausgeschoben.“

- b) In Artikel 15 Abs. 2 ist nach der Angabe „7“ die Angabe „, 8a“ einzufügen.

**Begründung**

**Allgemeines**

Mit der im Gesetzentwurf der Bundesregierung gegenüber dem Tarifergebnis vorgesehenen Verschiebung der linearen Bezügeanpassungen für die Jahre 2003 und 2004 um jeweils drei Monate wird den unterschiedlichen finanziellen Verhältnissen in den meisten Ländern nicht ausreichend Rechnung getragen. Die Länder benötigen zumindest für das Jahr 2003 einen Gestaltungsspielraum, der ihre individuelle Haushaltslage stärker berücksichtigt. Mit dem Änderungsvorschlag soll dies in der Weise geschehen, dass die Länder für ihren Bereich die im Gesetzentwurf für das Jahr 2003 vorgesehene lineare Erhöhung um bis zu drei weitere Monate hinausschieben können.

**Zu Buchstabe a**

Durch den neuen Artikel 11a Satz 1 wird den Ländern die Möglichkeit eingeräumt, die lineare Anpassung für

2003 von 2,4 % um bis zu drei Monate später vorzunehmen. Satz 2 stellt klar, dass die Verschiebung im Zeitfenster nicht unbedingt alle Besoldungsempfänger gleichzeitig treffen muss, sondern unter sozialen Gesichtspunkten abgestaffelt werden kann. So wäre es zum Beispiel auch möglich, unter nur partieller Ausnutzung der Regelungsbefugnis allein die Besoldungsempfänger der Bundes- oder Landesbesoldungsordnungen B, der Besoldungsempfänger in den Besoldungsgruppen ab R 3, in C 4 und W 3 mit einer weiteren Verschiebung zu belasten. Satz 3 stellt sicher, dass bei Inanspruchnahme des Zeitfensters die Geltungsdauer der bisherigen Regelung über den Erhöhungsbetrag für dritte und weitere Kinder entsprechend hinausgeschoben wird.

**Zu Buchstabe b**

Folgeänderung aus der Einfügung eines Artikels 8a.

3. **Zu Artikel 8 a – neu** – (Länderöffnungsklausel)

Bei der Einführung einer Länderöffnungsklausel ist sicherzustellen, dass Bund und Länder noch im Jahr 2003 die Möglichkeit erhalten, davon Gebrauch zu machen.

**Begründung**

Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 2003/2004 (Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 2003/2004 – BBVAnpG 2003/2004) werden unmittelbar durch Bundesgesetz Ansprüche begründet. Vorher können auch Bund und Länder keine Rechtsetzungsverfahren durchführen. Sie müssten also rückwirkend Ansprüche mindern. Dies ist aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht möglich. Soll die Öffnungsklausel im Jahre 2003 bereits zum Tragen kommen, muss mindestens ein Zeitraum für ihre Inanspruchnahme vorgesehen werden.

4. **Zu Artikel 14a – neu – und Artikel 15 Abs. 2**  
(Rückforderungsvorbehalt, Inkrafttreten)

- a) Nach Artikel 14 ist folgender Artikel 14a einzufügen:

„Artikel 14a

Rückforderungsvorbehalt

Die Beträge, um die sich die Dienstbezüge nach Artikel 1 Nr. 2 und 5 (§ 84 Bundesbesoldungsgesetz) erhöhen, werden in den ersten drei auf die Anpassung folgenden Monaten unter dem Vorbehalt der Rückforderung gezahlt. Entsprechendes gilt für die Beträge, um die sich die Versorgungsbezüge nach Artikel 4 Nr. 2 erhöhen. Die Vorbehalte nach den Sätzen 1 und 2 entfallen, soweit die Anpassungen nach den Artikeln 1 und 4 nicht durch ein Landesgesetz nach Artikel 8a, das vor dem 1. Januar 2004 verkündet wird, hinausgeschoben werden.“



- b) In Artikel 15 Abs. 2 ist nach der Angabe „8a“ die Angabe „14a“ einzufügen.

#### Begründung

##### Zu Buchstabe a

Mit Verkündung des BBVAnpG 2003/2004 werden alle Beamten, Richter, Soldaten und Versorgungsempfänger beim Bund und in den Ländern unmittelbar einen gesetzlichen Rechtsanspruch auf Zahlung der höheren Besoldung oder Versorgung rückwirkend ab 1. April 2003 oder ab 1. Juli 2003 haben. Eine Rechtsgrundlage, die Erhöhungsbeträge vorerst nicht zu auszahlen, enthält der Gesetzentwurf nicht.

Um einer Verpflichtung zur Zahlung der erhöhten Bezüge zu entgehen, müsste deshalb ein Land, das von der Öffnungsklausel Gebrauch machen will, zeitgleich mit der Verkündung des Bundesgesetzes ein „Verschiebungsgesetz“ verkünden und in Kraft setzen.

Dies ist schon aus formalen, aber auch aus verfahrenstechnischen Gründen nicht möglich, zumal wenn das Anpassungsgesetz – wie nun beabsichtigt – noch vor den Sommerferien verabschiedet werden soll. Zum einen bedarf es zunächst der bundesgesetzlichen Ermächtigung, bevor der Landesgesetzgeber beschließen kann. Zum anderen wird in diesem kurzen Zeitrahmen ein entsprechendes Gesetz nicht mehr verabschiedet werden können.

§ 12 Abs. 1 BBesG schließt eine spätere Rückforderung der höheren Bezüge gesetzlich aus, wenn ein Beamter, Richter oder Soldat durch eine gesetzliche Änderung seiner Bezüge mit rückwirkender Kraft schlechter gestellt wird. Ein aufgrund des Artikels. 8a (vgl. Nummer 2) erst später erlassenes Landesgesetz hätte deshalb, auch bei einem rückwirkenden Inkrafttreten, nicht die Wirkung, dass die danach zu viel gezahlten Bezügeanteile zurückgefordert werden könnten.

Deshalb ist das BBVAnpG 2003/2004 um eine Vorschrift zu ergänzen, die ausdrücklich bestimmt, dass die erhöhten Zahlungen unter dem (gesetzlichen) Vorbehalt der Rückforderung für den Fall stehen, dass ein Land von der Öffnungsklausel Gebrauch macht und die Zeitpunkte der linearen Bezügeanpassung im Jahr 2003 verschiebt. Ein solcher Vorbehalt ist wegen des Unterhaltsscharakters der Bezüge jedoch nur für einen kurzen Zeitraum zumutbar; er ist deshalb zu befristen. Ein Land, das bis Ende 2003 die Option nicht ausgeübt hat, könnte zu viel gezahlte Bezügeanteile nach diesem Tag nicht mehr zurückfordern.

##### Zu Buchstabe b

Folgeänderung.

#### 5. Zu Artikel 9 (Altersteilzeitzuschlagsverordnung)

Artikel 9 ist zu streichen.

Als Folge ist in Artikel 14 die Angabe „9 bis 12“ durch die Angabe „10 bis 12“ zu ersetzen.

#### Begründung

Entgegen der Begründung des Gesetzentwurfs, wonach die beabsichtigte Änderung in § 1 der Altersteilzeitzuschlagsverordnung mit der Ergänzung um die Wörter „soweit die Teilzeitarbeit mindestens mit der Hälfte der bisherigen Arbeitszeit, die für die Bemessung der ermäßigten Arbeitszeit während der Altersteilzeit zugrunde gelegt worden ist, durchgeführt wird“ nur der Klarstellung diene, handelt es sich um die Schaffung einer neuen Rechtslage.

Die vorgesehene Änderung der Altersteilzeitzuschlagsverordnung wird von der gesetzlichen Ermächtigungsgrundlage des § 6 Abs. 2 Bundesbesoldungsgesetz nicht gedeckt. Die Bundesregierung wird in § 6 Abs. 2 Bundesbesoldungsgesetz ermächtigt, durch Rechtsverordnung bei Altersteilzeit nach § 72b Bundesbeamtengesetz oder nach Maßgabe landesrechtlicher Vorschriften die Gewährung eines Zuschlags zur Besoldung zu regeln. Danach ist die Gewährung des Zuschlags auch bei vom Bundesrecht abweichenden Regelungen ausdrücklich zugelassen. Dies folgt auch aus der Begründung zu § 1 der Altersteilzeitzuschlagsverordnung (Bundratsdrucksache 730/98), wonach die Länder einen weiten Spielraum für die Ausgestaltung von Altersteilzeitregelungen haben.

Auch gibt es keine rahmenrechtlichen Bestimmungen, die die Länder in der statusrechtlichen Ausgestaltung der Altersteilzeit begrenzen. § 44a Beamtenrechtsrahmengesetz enthält keine Vorgabe, die eine unterhälftige Altersteilzeit ausschließt. Im Übrigen überschreitet die unterhälftige Altersteilzeit nicht zwangsläufig die Grenze zur Verfassungswidrigkeit.

Die der Bundesregierung eingeräumte Verordnungsermächtigung zur Regelung des Zuschlages muss den dem Landesgesetzgeber in § 6 Abs. 2 Bundesbesoldungsgesetz eingeräumten gesetzgeberischen Spielraum berücksichtigen und kann ihn nicht – gewissermaßen durch die Hintertür – im Wege einer untergesetzlichen Regelung nachträglich einengen. Anderenfalls liefe das Tatbestandsmerkmal „nach Maßgabe landesrechtlicher Vorschriften“ in § 6 Abs. 2 Bundesbesoldungsgesetz leer, da der Bundesgesetzgeber insoweit das Landesrecht im Wege der Verordnungsgebung unzulässigerweise gestalten würde.

Schließlich folgt aus der Begründung zu § 1 der Altersteilzeitzuschlagsverordnung (Bundratsdrucksache 730/98) auch, dass die Länder „bei der Ausgestaltung ihrer Regelungen ihre besondere Personalstruktur und ihre Haushaltslage berücksichtigen“ können. Zur Senkung der Personalkosten vor dem Hintergrund einer äußerst angespannten Haushaltslage darf eine unterhälftige Altersteilzeit daher nicht ausgeschlossen werden.





